

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 154 · 13. JAHRGANG · AUSGABE 11/2007 VOM 9. NOVEMBER 2007 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Hier hilft nur ein lautes »HALT!«**
BI gegen die neue Schnellstraße B167

6 | **Schulen zweier Herren**
Der Eberswalder »Schulversuch«

15 | **Hedwig Bollhagens Kunst im Barnim**
Zum 100. Geburtstag

Verheerender Großbrand im Shredderwerk

Herbertingen/Eberswalde (hbp). Für die Sondermüllverbrennungsanlage mit vorgeschaltetem Shredderwerk in Eberswalde werden derzeit die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens eingebrachten Einwendungen bearbeitet. Ein ähnliches Shredderwerk, allerdings ohne Verbrennungsanlage, gibt es in der Baden-Württembergischen Stadt Herbertingen. Auf dem Altschrottlagerplatz der dortigen Anlage gab es Ende August einen verheerenden Großbrand.

Das Shredderwerk Herbertingen hat sich auf die Trennung von Metall- und Holzverbunden spezialisiert und ist damit vergleichbar mit dem Produktionssortiment der Theo Steil GmbH in Eberswalde. Pro Jahr werden in Herbertingen 80.000 t Leichtschrott und Karossen aufbereitet. »Unsere zugelassenen und zertifizierten Verwertungs- und Behandlungsanlagen für Leichtschrott, Altfahrzeuge, Elektrogeräte und Altholz«, wird auf der Internetseite des Unternehmens (www.swh-herbertingen.de) geworben, »erzeugen wertvolle Rohstoffe«. Am 30. August gerieten die zur Weiterverarbeitung aufgestapelten Sekundärrohstoffe aus ungeklärter Ursache in Brand. Der Rauch enthielt organische Schadstoffe, weshalb die Bevölkerung der umliegenden Wohngebiete aufgefordert wurde, Fenster und Türen geschlossen zu halten. Arbeiten im Freien ohne Atemschutz seien im Bereich der Rauchentwicklung nicht möglich, hieß es.

Insgesamt 500 Feuerwehrleute von 31 Feuerwehren, davon 18 Wehren aus den Nachbarkreisen, waren mit 93 Fahrzeugen mehrere Tage lang rund um die Uhr im Einsatz, um den Großbrand unter Kontrolle zu bekommen. Hinzu kamen rund 150 Einsatzkräfte der Polizei, des DRK und weiterer Behörden. Pro Tag wurden 17,3 Millionen Liter Löschwasser verbraucht. Aus dem gesamten süddeutschen Raum wurden 130.000 l Schaummittel nach Herbertingen gebracht. Weitere 22.000 Liter wurden von der Feuerwehr aus Zürich bereitgestellt.

Bei dem Großbrand gab es 8 Verletzte, davon 3 Feuerwehrleute und 3 Polizisten, die wegen Rauchvergiftungen behandelt werden mußten. Die nach dem Brand durchgeführten Bodenuntersuchungen im Um-



kreis des Brandes ergaben nach Auskunft des Landratsamtes Sigmaringen keine Überschreitung der Grenzwerte. Bei Silagegut zur Tierverfütterung das nach dem Brand in der Umgebung des Shredderwerkes gemertet worden war, lagen die Meßwerte für giftige Dioxine und Furane allerdings über den Grenzwerten.

Von Mitgliedern der Bürgerinitiative gegen die Sondermüllverbrennungsanlage in Eberswalde war zu erfahren, daß sie im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nunmehr verstärkt darauf achten wollen, welche Folgen ein ähnlicher Brand bei Theo Steil haben würde und ob die gegenwärtigen Brandschutzvorkehrungen ausreichend sind.

Vollendete Tatsachen geschaffen

Baumfällungen an der Altenhofer Straße in Eberswalde und an der Messingwerkstraße in Lichterfelde (1)

In der letzten Oktoberwoche fällten Mitarbeiter des Landesbetriebes für Straßenwesen Brandenburg (Niederlassung Eberswalde) den aus Robinien bestehenden Baumbestand an der Altenhofer Straße (Stadt Eberswalde, Ortsausgang OT Finow in Richtung Lichterfelde) und den kurzen Lindenalleeabschnitt an der Messingwerkstraße im OT Lichterfelde (Gemeinde Schorfheide). Betroffen davon waren mehr als 30 stattliche Bäume.

Damit haben die Behörden die von Ute Kraukau (BUND) und mir ausgearbeiteten Alternativvorschläge zum Erhalt der alten Baumbestände völlig ignoriert und in einer »Ruck-Zuck-

Aktion« mit der Kettensäge vollendete Tatsachen geschaffen. Obwohl wir als Vertreter der Naturschutzverbände am Verfahren beteiligt waren, sind wir sowohl über den abschließenden Planungsstand als auch über den Zeitpunkt der Durchführung der Fällaktionen nicht informiert worden. So lag dem Landesbüro der Naturschutzverbände in Potsdam kein dementsprechender Bescheid der zuständigen Behörde (Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim) vor.

Unser Gutachten sah den vollständigen Erhalt des vitalen Baumbestandes und den Aufbau einer durchgängigen Allee durch Auf-

pflanzung der Lücken vor, wie dies auch im Brandenburger Alleenerlaß gefordert wird. Hierdurch hätte ein aus naturschutzfachlichen und landschaftsschonenden Gesichtspunkten wertvoller alter Straßenbaumbestand lange erhalten und sukzessiv erneuert werden können. Darüber hinaus hatten wir – im Gegensatz zum Gutachten des Landesbetriebes für Straßenwesen, das die Neupflanzung von tausalzanfälligen Birken und Spitzahornen vorsah – für die Nachpflanzungen die dafür besser geeigneten, robusteren Winterlinden vorgeschlagen.

Dr. ANDREAS STEINER,
Barnimer Baumschutzstammtisch
(Seite 11)

Auf'n Hund gekommen

Bei der Suche nach Einnahmequellen ist die Stadt Eberswalde nun auf den Hund gekommen. Im nächsten Jahr will die Stadt 50.000 Euro mehr von den Hundehaltern kassieren. Die Hundesteuer soll um mehr als 40 Prozent steigen. Ob Bernhardiner oder Collie, für den Ersthund sind dann statt bisher 46 Euro demnächst 60 Euro pro Jahr fällig. Ein Drittel mehr. Die bisherige Ermäßigung für Einkommensschwache von 50 % soll künftig ganz wegfallen. Für diese Gruppe steigt somit die Steuer von 23 auf 60 Euro, das heißt um 160 %.

Will die Stadt jetzt mehr für die Hundehalter tun, oder hatte die Stadt für die Hundhaltung mehr Kosten, als sie bisher mit der Hundesteuer einnahm? Dazu findet man in der Hundesteuersatzung, die der StVV am 22.11. zur Entscheidung vorliegt, nichts. Muß auch nicht sein, denn: »Als Steuer wird eine Geldleistung ohne Anspruch auf individuelle Gegenleistung bezeichnet« (wikipedia). Wenn es also darum geht, einfach die Einnahmen der Stadt zu erhöhen, dann stellt sich die Frage, warum ausgerechnet von den Hundehaltern?

Da hat die Stadt zunächst ermittelt, wieviel Hundesteuer andernorts verlangt wird. In der Vorlagebegründung wird daraufhin von einer Angleichung an umliegende Gemeinden gesprochen. Für den jeweils ersten Hund eines Halters verlangen aber nur die Städte Bernau (60 Euro) und Bad Freienwalde (55 Euro) bisher mehr als Eberswalde (46 Euro). Die weiter angeführten 16 Umlandgemeinden verlangen bisher nur 30 Euro (im arithmetischen Mittel). Von daher wären eher Senkungen des Steuersatzes am Platze.

Der Vergleich hat beim Stadtkämmerer ferner die Erkenntnis zu Tage gefördert, daß die anderen das Halten von Hunden als Luxus betrachten. Also will Eberswalde ebenfalls eine Luxussteuer berechnen. Und für eine Luxussteuer, so das Verständnis, kann es für die Empfänger von ALG, von Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt auch keine Ermäßigung mehr geben, wie bisher. Also sollen die einsamen Hartz-IV-Betroffenen, die sich ihre Wohnung mit einem Hündchen teilen, künftig den vollen Betrag zahlen. Aber nein, sie sollen die 60 Euro ja gar nicht bezahlen, denn Luxus steht diesen Herrschaften gar nicht zu. Sie sollen sich von ihrem Luxus trennen.

Es stellt sich die Frage, was die Stadt von Steuergerechtigkeit hält. Wenn schon Steuern notwendig sind, um das Gemeinwesen zu finanzieren, von wem kassiert man dann Steuern? Am sichersten ist die Steuerart, die alle trifft, denn alle können nicht weglaufen, bzw. dort hin ziehen, wo man weniger Steuern zahlt. Das riskiert man bei den Vermögenden, bei den so genannten »Investoren« (respektive Leuten, die ihr Kapital optimal verwerten wollen). Von den meisten Hundehaltern ist das nicht zu erwarten.

ALBRECHT TRILLER

»Schulpolitik« in Eberswalde



In der Barnimer Schulpolitik geht es vor allem um die Kosten. Verminderte Schülerzahlen könnten bessere Bildung bei geringeren Klassenstärken bedeuten. Aber im Barnim bedeuten sie die Schließung und den Abriß von Schulen. Auf dem Foto sind die letzten Reste der ehemaligen Gesamtschule in der Finower Fritz-Weineck-Straße zu sehen. Kleiner Trost: der Abriß boomt und schafft Arbeitsplätze. Große Hoffnung: Nutzung des Grundstücks für die Ortsteilentwicklung. Seite 6

»Madeja nicht abberufen!«

Eberswalde (bbp). Die AG Umwelt (AGU) der Linken im Barnim beschäftigte sich auf ihrer Beratung am 26. Oktober unter anderem mit der möglichen Abberufung des Kreistagsabgeordneten Johannes Madeja als Vorsitzenden des Umweltausschusses. »Die AGU Barnim findet diese Bestrebungen seitens der bürgerlichen Parteien befremdlich«, sagt AGU-Sprecher Christian Rehmer. Es sei ärgerlich, daß nach Dr. Steiner anscheinend eine zweite »eher unbecome« Person aus dem A5 entfernt werden soll.

»Ohne die konkreten Vorwürfe gegen Herrn Madeja bewerten zu wollen«, heißt es in einem Schreiben der AGU an die Vorsitzende der Fraktion der Linken im Kreistag Barnim Margitta Mächtig, »möchten wir Euch als politische Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN im Kreistag bitten, den Bestrebungen der bürgerlichen Parteien nicht zu folgen. Stimmt nicht für die Abberufung Madejas aus dem A5.«

Vier aus Eberswalde

Auf der Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN im Barnim am 27. Oktober fand neben der Debatte über die »Kommunalpolitischen Leitlinien« auch die Wahl des neuen Kreisvorstandes statt. Er besteht aus aktuell zehn Mitgliedern.

DIE LINKE.Kreisverband Barnim wird ab sofort von Lutz Kupitz geführt, dem als Vorsitzenden zwei StellvertreterInnen zu Seite stehen. Aus Eberswalde sind Ulrike Glanz (Schatzmeisterin), Sebastian Walter (Linksjugend.solid), Jörg Schneidereit (SprecherInnenrat der LINKEN. Eberswalde) und Sabine Stüber (stellvertretende Kreisvorsitzende) im neuen Kreisvorstand vertreten.

CHRISTIAN REHMER

Strike Bikes produziert

Nordhausen (bbp). Am 10. Juli hatte die Belegschaft der Fahrradfabrik Bike Systems GmbH ihren Betrieb besetzt. Sie wehrten sich damit gegen die beabsichtigte Schließung ihres Betriebs. Gemeinsam mit der kleinen anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft Freie ArbeiterInnen Union – Internationale Arbeiterassoziation (FAU-IAA) kamen sie auf die Idee, die Produktion zumindest teilweise in eigene Regie zu übernehmen. Ende September/Anfang Oktober gingen innerhalb zweier Wochen 1.800 Vorbestellungen für das mittlerweile legendäre »Strike Bike« ein (BBP 10/2007). Am 22. Oktober pünktlich um 7 Uhr morgens lief die Produktion in der besetzten Fahrradfabrik an. Am 26. Oktober waren die vorbestellten 1.837 Räder produziert. Fünf Tage lang produzierten 135 Kolleginnen und Kollegen, die sich im Belegschaftsverein »Bikes in Nordhausen e.V.« organisiert haben, bei gleichem Stundenlohn von 10 Euro an 36 Stunden die »Strike-Bikes« mit der fauchenden Katze (dem Symbol des wilden Streiks) auf dem Lenkkopf, egal ob sie oder er in der Lackiererei, der Einspeicherei, der Montage, dem Versand oder im Büro gearbeitet hat. Vollkommen selbstverwaltet und ohne Chefs. Die vorbestellten Fahrräder werden seit dem 29. Oktober an die Käuferinnen und Käufer ausgeliefert.

Damit endete die Betriebsbesetzung. Am 1. November übernahm der Insolvenzverwalter die Kontrolle über den Betrieb. Am 5. November begann eine Auffanggesellschaft mit der Fortbildung und Qualifizierungsmaßnahmen.

Menschen, die sich für ein Strike-Bike interessieren, aber leider keines der 1.800 mehr bekommen haben, können sich auf www.strike-bike.de in eine Reservierungsliste eintragen lassen.

Hier hilft nur ein lautes »HALT!«

Widerstand gegen den Bau einer neuen Schnellstraße zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde (B 167 neu)

Nach der offiziellen Bekanntgabe der Planungen zur neuen B 167 und der Aufforderung an alle Betroffenen, Einwände und Stellungnahmen bei der Planungsbehörde einzureichen, begann eine äußerst interessante Entwicklung. Aufgrund der gesetzlichen Fristen mußte es schnell gehen, die Bürger hatten nur wenig Zeit, die umfangreichen Planungsunterlagen durchzusehen und zu erkennen, was auf die Region als Ganzes zukommt.

Viele der als politikmüde verkannten Barnimer wurden wach, als sie die Karte mit den drei Trassenvarianten sahen. Es stellte sich heraus, daß selbst bei oberflächlichem Blick die Widersprüche zwischen den deklarierten Zielen des Baus der neuen Straße und den absehbaren Folgen so eklatant waren, daß es die Temperamentvollen gleich und die etwas Bedächtigeren etwas später drängte, laut »HALT« zu rufen und sich Mitstreiter zu suchen.

Dies geschah durch die Gründung mehrere Bürgerinitiativen, die nicht mehr für eine der Trassen zum Nachteil anderer plädieren, sondern generell NEIN zu der neuen Schnellstraße sagen.

Denn: Die neue B 167 ist keine Ortsumgebung für Eberswalde sondern im Bundesverkehrswegeplan als Teil des *Blauen Bandes* enthalten, hat also überregionale Bedeutung als Transitweg nach Polen! Die Bürger, die jetzt direkt an der B 167 wohnen und sehr auf eine

Entlastung hofften, behalten den heimischen Ziel- und Quellverkehr und bekommen eine Schnellstraße dazu, die neuen Verkehr in die Region zieht.

So argumentiert die Bürgerinitiative »Keine Schnellstraße zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde«, in der nicht nur direkt Betroffene mitarbeiten, also folgerichtig:

– Die Notwendigkeit der neuen Straße ist nicht begründet. Aktuelle Verkehrszählungen fehlen. Die Kosten von ca. 40 Mio Euro sind nicht gerechtfertigt und könnten sinnvoller für die Verbesserung der Lebensqualität, u.a. durch echte kleine Ortsumgehungen verwendet werden. Der demografische Wandel in unserer Region wird ausgeblendet.

– Der Neubau der Straße führt zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Bürger im gesamten Planungsgebiet. Lärm, Schmutz, Abgase, zerstörte Rad- und Wanderwege statt Ruhe und unsere gerühmte frische Luft durch noch unzerschnittene Naturräume.

– Die Auswirkungen auf Natur und Landschaft sind gravierend, alle Trassen zerstören wertvolle Biotopie, nehmen Tieren und Pflanzen ihre Existenzbedingungen und zertrampeln die »zarte Pflanze« Tourismus in der gesamten Region. Es gehen zudem landwirtschaftliche Flächen und viele Hektar Wald verloren.

Noch haben die Träger öffentlicher Belange, die Naturschutzverbände und auch die Stadt Eberswalde Zeit, ihre Stellungnahmen abzuge-

ben. Die Hoffnung ist groß, daß die Stadtverordneten nicht nach Parteiläusson sondern sachlich entscheiden werden.

Denn in den Planungsunterlagen zur favorisierten Trasse 3 ist ausgeführt, daß diese u.a. zu sehr hohen Neubelastungen von Einwohnern in Nordend/Macherslust, Ostende, Sommerfelde und Tornow führen wird. Sind dies keine Bürger der Stadt? Haben sich nicht viele zum Bleiben in der Region oder sogar zum Zuzug aus Ballungsgebieten entschieden, weil es bei uns noch eine gute Wohnqualität und Möglichkeiten der Erholung vor der Haustür gibt? Und hoffen wir nicht sehr, daß nicht alle unsere Kinder und Enkel abwandern, sondern hier eine Zukunft sehen?

Die Bürgerinitiativen der einzelnen Orte werden sich nun stärker vernetzen, sich an die Abgeordneten aller Ebenen bis hin zum Bundestag wenden, öffentliche Aktionen starten und für ein Umdenken werben.

Weitere Mitstreiter sind jederzeit willkommen, Informationen sind auf der website: www.wassermuehle-hohenfinow.de/bi zu finden. Das nächste Treffen ist am 15. November um 19 Uhr in der Geschäftsstelle der Grünen in der Brautstraße 34 in Eberswalde.

Dr. MAGDALENE WESTENDORFF,
Mitglied in der BI »Keine Schnellstraße zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde (B 167 neu)«

Leere Läden

Eberswalde (bbp). Der wachsende Leerstand der Ladengeschäfte im Brandenburgischen Viertel war am 8. Oktober ein Thema der Beratung des Wohngebiets-Sprecherrates. Die zunehmende Zahl an leeren Läden falle vor allem in der Frankfurter Allee ins Auge, so Frank Neumann, der für die Kirchengemeinde Finow im Sprecherrat sitzt. Die AWO als Eigentümerin der betroffenen Gewerbeflächen will dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen, sagte Christin Schleinitz, Vertreterin der AWO im Sprecherrat. Silke Leuschner von der Stadtverwaltung wandte ein, daß die Problematik für den Einzelhandel überall in der Stadt bestehe. Die Einkaufszentren streben allerorten aus den Wohngebieten heraus an die zentralen Hauptstraßen in der Stadt. Allerdings handelt es sich bei den Ladengeschäften in der Frankfurter Allee um Geschäfte für kleine Einzelhändler und nicht um Flächen, die für Discounter und Supermärkte interessant sind. Nicht zur Sprache kamen die ursächlichen Zusammenhänge zwischen schließenden Läden, dem in der Vergangenheit praktizierten Rückzug kommunaler Infrastruktur, wie der Schließung von Kitas und Schulen, und dem Abriß großer Teile des Brandenburgischen Viertels.

Raumordnungsverfahren

«Regionalflughafen Eberswalde-Finow«

Eberswalde (prest-ew). Am 22. Oktober 2007 wurde vom verfahrensführenden Referat GL 6 (Frankfurt/O.) der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg das Raumordnungsverfahren für das Vorhaben »Regionalflughafen Eberswalde-Finow« eröffnet. Inhalt des Vorhabens sind die beabsichtigte Erhöhung der zulässigen Startmasse landender und startender Flugzeuge auf bis zu 85 t und die baulichen Maßnahmen (u. a. Mehrzweckgebäude mit Abfertigungsbereich, Tower, Parkplätze) zur Abwicklung des erweiterten Flugbetriebes des geplanten Regionalflughafens. Die Verfahrensunterlagen liegen zur Einsichtnahme für die Öffentlichkeit noch bis zum 26. November 2007 in der Stadtverwaltung Eberswalde (Stadtentwicklungsamt, Zi. 328, Telefon: 03334/64611, Dr. Zinnweg 18, 16225 Eberswalde) zur Einsichtnahme aus. Auch in Schorfheide, Biesenthal, Wandlitz sowie in der Kreisverwaltung liegen die Pläne aus. In der Kreisverwaltung kann bis zum 4. Januar 2008 Einsicht genommen werden. Anregungen und Bedenken zum Vorhaben können noch zwei Wochen nach Auslegungsende abgegeben werden.

Bürgerversammlung in Finow:

Kontra Flugplatzausbau

Finow (at). Am Donnerstag, dem 15. November, findet um 19 Uhr in der Grundschule in Finow (Schulstraße) eine Bürgerversammlung statt, zu der nicht nur Finower Bürger herzlich eingeladen sind.

Gegenstand der Bürgerversammlung ist der Antrag des Flugplatzbetreibers, die zulässige Startmasse der Flugzeuge von 14 t auf 85 t zu erhöhen. Das Land Brandenburg gibt dem Antrag auf Startmassenerhöhung keine Chance, aber der Landkreis Barnim und die Stadt Eberswalde handeln die Flugplatzentwicklung immer noch als prioritäres Projekt der Wirtschaftsentwicklung.

Den unsicheren Chancen auf eine wirtschaftliche Belebung der Region stehen sichere Beeinträchtigungen der Bürgerrechte nach Artikel 2 des Grundgesetzes auf Leben und körperliche Unversehrtheit gegenüber.

Niemand sollte darauf vertrauen, daß der Antrag sowieso abgelehnt wird. Wer den Regionalflughafen nicht will, muß gegen den Antrag auf Startmassenerhöhung und für seine persönlichen Rechte kämpfen. Über Möglichkeiten der Gegenwehr soll in der Bürgerversammlung gesprochen werden.

Technische Werke Eberswalde GmbH: Gesellschaftervertrag fehlte

Eberswalde (bbp). Am 13. September hat die Gesellschafterversammlung der Technischen Werke Eberswalde GmbH eine Änderung des Gesellschaftsvertrages beschlossen. Ursprünglich als nichtöffentlicher Punkt vorgesehen, erfolgte die Beschlußfassung dann doch öffentlich. Allerdings wäre vor einer Änderung des Gesellschaftsvertrages die Zustimmung der StVV nötig gewesen. Statt diese zuvor einzuholen, wurde der Beschluß mit einem Zustimmungsvorbehalt gefaßt. Daß die Zustimmung in der darauf folgenden StVV am 20. September nicht eingeholt wurde, lasse sich noch terminlich erklären, stellte Albrecht Triller in der Einwohnerfragestunde der StVV vom 25. Oktober fest. »Aber auch heute«, wandte er ein, »steht der Beschluß zur Veränderung des Gesellschaftsvertrages der TWE nicht auf der Tagesordnung. Daraus ergeben sich für mich folgende Fragen: Worin ist es begründet, daß die Zustimmung der StVV zur Gesellschaftsvertragsänderung noch nicht eingeholt wurde? Wird zu einem späteren Zeitpunkt die Zustimmung der StVV noch eingeholt oder wird die Zustimmung für die Änderung gar nicht mehr für erforderlich gehalten? Wird die Verletzung der Gemeindeordnung und des bestehenden Gesellschaftsvertrages der TWE durch die Betreibung nicht zum Geschäftszweck gehörender Zwecke rechtliche Folgen haben?«

Bürgermeister Friedhelm Boginski informierte, daß die Gesellschaftervertragsänderung zur nächsten oder übernächsten Sitzung des Stadtverordneten vorgelegt werde. Die Verzögerungen erklärte er mit dem Arbeitskräftemangel in der Verwaltung. Derzeit würden die vorhandenen Kapazitäten stark durch die Erarbeitung der Haushaltssatzung in Anspruch genommen. Mit rechtlichen Folgen rechnet Boginski nicht. Eine Rechtfertigung, warum die Gesellschafterversammlung überhaupt schon vorab die Veränderungen beschlossen hatte, gab es nicht.

LINKE für Obus-Erhalt

Eberswalde (cr). »DIE LINKE in Eberswalde hat mit Freude zur Kenntnis genommen, daß der von der Kreisverwaltung beauftragte Gutachter dem Eberswalder Obusnetz bescheinigt, das gegenwärtig sauberste und wirtschaftlichste Verkehrssystem für die Stadt zu sein.« heißt es in einer Pressemitteilung des Eberswalder Stadtvorstandes vom 17. Oktober. Nicht nachvollziehbar sei, wie der Gutachter zur Empfehlung käme, den Betrieb dennoch auf Wasserstoff-Brennstoffzellenbusse umzustellen. Die Empfehlung beruhte auf Annahmen und Prognosen, auf deren Unberechenbarkeit der Gutachter selbst mehrfach hinweise. DIE LINKE in Eberswalde fordert weiter eine klare und schnelle Entscheidung des Landkreises für den O-Bus, um den hohen technologischen Standard und die hohe Qualität des ÖPNV in der Stadt Eberswalde in den kommenden Jahren zu sichern.

Überdimensionierte Straßen

Die Straßenbauverwaltung des Landes Brandenburg beabsichtigt, etwa ein Drittel der Bundesstraßen im Land zu einem hochleistungsfähigen Bundesstraßennetz auszubauen, das überdimensioniert ist. Für dieses Netz mit einer Länge von 880 km soll der Bund über 1,6 Mrd. Euro aufwenden, obwohl mit weniger Haushaltsmitteln ein höheres Nutzen-Kosten-Verhältnis erzielbar ist. Damit zentrale Orte im Land Brandenburg besser zu erreichen

sind, legte die im Auftrag des Bundes handelnde Straßenbauverwaltung in dem von ihr geplanten »Blauen Netz« die höchsten Ausbaustandards für Bundesstraßen fest. Das umfaßt z. B. den Betrieb als Kraftfahrstraße, möglichst dreistreifige Straßenquerschnitte und höhenungleiche Knotenpunkte, die Autobahn-Anschlußstellen vergleichbar sind. Erst danach ließ die Straßenbauverwaltung das Netzkonzept verkehrswirtschaftlich untersuchen. Sie legte dabei längst überholte Annahmen über die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung zugrunde und führte als zusätzliches Kriterium die Erreichbarkeit von Autobahn-Anschlußstellen ein. Die ökologischen Auswirkungen der Ausbaustandards – wie den enormen Flächenverbrauch und die Zerschneidung der Landschaft – ließ sie außer Acht.

Der Bundesrechnungshof hat empfohlen, das »Blaue Netz« auf der Basis aktueller Annahmen über die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung erneut verkehrswirtschaftlich zu untersuchen. Die Untersuchung sollte auch ökologische Aspekte berücksichtigen und die bundeseinheitlichen Vorgaben ohne weite-

re, landesspezifische Kriterien einhalten. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen ist dem Vorschlag des Bundesrechnungshofes gefolgt und hat eine entsprechende Verkehrsuntersuchung in Auftrag gegeben, hält jedoch am zusätzlichen Kriterium der Erreichbarkeit der Autobahn-Anschlußstellen fest.

Die Straßenbauverwaltung strebte an, durch höherwertige Ausbaustandards einen hohen Nutzen bei den Einzelmaßnahmen zu erzielen. Sie berücksichtigte dabei nicht, daß die damit verbundenen Kostensteigerungen höher sind als der Nutzenzuwachs. Der Bundesrechnungshof hat deshalb gefordert, beim Ausbau des »Blauen Netzes« den Gesamtnutzen der eingesetzten Haushaltsmittel zu erhöhen und die Haushaltsmittel auf den Bau von Ortsumgehungen mit geringeren Ausbaustandards zu konzentrieren. So kann in kürzerer Zeit mehr für die Verkehrssicherheit, die Verkehrsqualität und für die Lebensqualität in Brandenburg erreicht werden als mit höchsten Ausbaustandards in Teilnetzbereichen. Die voraussichtlichen Gesamtausgaben für das »Blaue Netz« mit einer Länge von 880 km belaufen sich auf 1,6 Mrd. Euro. Wesentliche Teile des geplanten Netzes – 79 Maßnahmen mit einem Kostenvolumen von 374 Mio. Euro – sind nicht im Bedarfsplan für den Ausbau der Bundesfernstraßen enthalten. Der Bundesrechnungshof hat angeregt, die Ausgaben für das »Blaue Netz« im Haushaltsplan gesondert darzustellen.

Auszug aus:
Bundesrechnungshof 2005 Bemerkungen

Spenden an Kinderland und UNICEF

Eberswalde (mh/bbp). Am 15. September fand im Altstadtcarreé das erste »Fest in den Höfen« statt. Das Motto lautete »Kinder für Kinder«. Dabei sammelten der Optiker Ortel und der Juwelier Elling durch Aktionen, wie Kuchenbasar, Schatzsuche mit Kindern, Kinderkarussell zusammen 300 Euro.

Diese 300 Euro wurden jeweils zur Hälfte an die Integrationskita »Kinderland« im Leibnizviertel und an die UNICEF-Arbeitsgruppe Eberswalde gespendet.

Für die Kita »Kinderland« nahm die Leiterin, Frau Karin Maaß das Geld entgegen. »Wir werden das Geld für die Raumgestaltung nutzen«, sagte sie. In einzelnen Räumen sollen sogenann-

te Bildungsecken eingerichtet werden, die z.B. zum Experimentieren und zum Lesen genutzt werden sollen.

Für die UNICEF-Gruppe Eberswalde nahm Martin Hoeck die Spende entgegen. »Das Geld wird in die Projekte zum Kampf gegen AIDS fließen«, sagte er. Er freue ihn besonders, daß man die Sammlung aufgeteilt habe. »Es ist wichtig, neben der internationalen Hilfe auch vor Ort etwas zu tun. Man muß den gesunden Mittelweg finden. Das ist hierbei wunderbar gelungen.«



Karin Maaß (Kitalleiterin), Juwelier Elling, Optiker Ortel, Martin Hoeck (UNICEF-Eberswalde) und eine Erzieherin (v.r.n.l.) inmitten von Kindern der Integrationskita »Kinderland« im Eberswalder Leibnizviertel.

Bürgerzentrum in Finow

Nun kennen wir die Ergebnisse des ersten Versuchs der Arbeit mit einem Bürgerhaushalt in der Stadt Eberswalde. Eine Bewertung zeigt Licht und Schatten. Licht: Eberswalde hat den Weg zum Bürgerhaushalt eingeschlagen und kann für andere Kommunen als Beispiel stehen. 23 Bürger haben sich zu elf Sachverhalten geäußert und damit das Angebot der Stadt zur Mitwirkung angenommen. Schatten: Das wegen der verbreiteten Politikverdrossenheit eher geringe Interesse der Bürger zur Beteiligung an der städtischen Planung wurde durch die verhaltene Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung nicht sonderlich geweckt. Und nur vier Vorschläge zum Bürgerhaushalt fanden die Zustimmung der Stadtverordneten.

In der Stadtverordnetenversammlung am 25. Oktober standen die Vorschläge zum Bürgerhaushalt zur Beratung und Abstimmung. Die Abgeordneten folgten den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung. In einem Falle allerdings gab es eine überraschend knappe Entscheidung. Es mußte sogar zweimal abgestimmt werden, um das Abstimmungsergebnis exakt festzustellen. 14 Stadtverordnete lehnten den Vorschlag zur Schaffung einer Begegnungsstätte Finow – analog dem Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel – ab, 13 waren dafür und zwei enthielten sich der Stimme.

Die Begründung für die Ablehnung: »Das erwähnte Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel kann auch für die Bürger aller Generationen aus Finow als Begegnungsstätte genutzt werden. Desweiteren ist es möglich, daß in den Abendstunden auch die Grundschule Finow für derartige Veranstaltungen genutzt werden kann. Die Einrichtung oder Herrichtung einer neuen Begegnungsstätte in Finow sollte vor einer Einstellung in die mittelfristige Finanzplanung ausführlich im politischen Raum diskutiert werden.« Die Begründung läßt erkennen, daß das Grundanliegen ei-

nes eigenen Bürgerzentrums für Finow nicht erkannt wird. Es wird unzulässigerweise nur auf die Raumfrage reduziert. Dabei klingt es wie ein Hohn, den Finowern anzubieten, daß sie für ihre Aktivitäten das Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel nutzen könnten. In einem anderen Zusammenhang wurde auch schon mal der Familiengarten als Versammlungsort für Finower angeboten.

Es geht aber nicht um, bzw. nicht nur um die Raumfrage, sondern es geht tatsächlich um eine Begegnungsstätte im Zentrum des Ortsteils Finow. Diese Funktion kann auch die im Zentrum gelegene Grundschule nicht erfüllen, die keine Räume abtreten sondern nur von Fall zu Fall am Abend bereitstellen kann. Die Schaffung eines Bürgerzentrums steht in Finow im engen Zusammenhang mit der Entwicklung eines Ortsteilzentrums, das längst nicht mehr der Dorfplatz sein kann. Es geht ferner um eine Identität stiftende eigenständige Entwicklung des Ortsteils Finow in der Stadt Eberswalde. Bei aller notwendigen Betonung der Entwicklung der Innenstadt verdient die Stärkung der Ortsteile zunehmend an Bedeutung und damit deren Zentren.

Auch wenn im Rahmen der Bürgerhaushaltsdebatte dieses Problem nicht umfassend diskutiert und abschließend entschieden werden konnte, so hätte es der Stadt gut zu Gesicht gestanden, mit einer vorübergehenden Lösung vorschlagsgemäß einen ersten Schritt zur Gründung eines Begegnungszentrum zu gehen. Wenn die Stadtverordnetenversammlung in ihrer nächsten Sitzung die Gründung einer »Freiwilligenagentur« beraten und beschließen will, dann wird sie an der Frage nicht vorbei kommen, welche örtliche und räumliche Basis sie den »Freiwilligen« dafür geben will.

ALBRECHT TRILLER,
Ortsbürgermeister Finow

Jeder ist ein potentieller Terrorist

Eberswalde (bbp). »Ab dem 1. November werden auf Antrag der BürgerInnen beim Paß- und Meldewesen des Bürgeramtes neue Personaldokumente ausgegeben«, teilt die Pressestelle der Stadt Eberswalde mit. Da ist zunächst vor allem der neue »elektronische Reisepaß«. Das auf Beamtendeutsch mit »ePass« abgekürzte Dokument wird durch einen »kleinen Kreis mit kurzer links und rechts angeetzter Linie« auf der Paßdecke kenntlich gemacht. In diesem »ePass« werden auf einem Chip nicht nur wie bisher das Lichtbild und die Daten des Paßinhabers gespeichert, sondern auch zwei Fingerabdrücke, wie sie bislang nur Menschen abgenommen wurden, die einer Straftat verdächtigt wurden. Das Lichtbild muß den Kriterien einer »Bildmuster-tafel (Frontalaufnahme nach internationalen Standards)« entsprechen. Wie dies auszusehen hat, wird im Bürgeramt ausgehängt. Die städtische Pressestelle weist zudem darauf hin, daß

die Fotografen die Anforderungen kennen und für Reisepässe die »besonderen Lichtbilder« anfertigen. Positiv vermerkt wird, daß sich die Preise für die Pässe zum 1. November nicht ändern. Besitzer eines gültigen Reisepasses haben ohnehin keinen Grund, den neuen »ePass« zu beantragen. »Alle bereits ausgegebenen Reisepässe«, wird seitens der Pressestelle versichert, »behalten ihre vorgesehene Gültigkeit. Ein Umtausch ist nicht vorgesehen.«

Im Regelfall wird der elektronische Reisepaß für Personen ab 12 Jahre ausgestellt. Er hat Gültigkeit von 10 Jahren für Personen, die bei der Antragstellung mindestens 24 Jahre alt sind, ansonsten gilt er nur 6 Jahre. Er kann auf Wunsch der Eltern auch für Kinder unter 12 Jahren beantragt werden. Dabei werden Fingerabdrücke auch von Kindern erfaßt. Lediglich bei Kindern unter 6 Jahren wird darauf verzichtet.

Gut gebrüllt, Löwe

Der Leitartikler des Barnimer Blitz, Herr Stennert, prangert in der ersten Septemberausgabe das Stimmverhalten von Rolf Zimmermann (Allianz Freier Wähler) an. Dieser hat mit seiner fragwürdigen Nein-Stimme in der StVv am 25.10. die Drehgenehmigung für Eberswalde-TV verhindert. Dies wird Herr Zimmermann noch seiner Fraktion und dem Bündnis für ein demokratisches Eberswalde erklären müssen, die für mehr Transparenz in Eberswalde kämpfen.

Daß sich aber Herr Stennert nun zum Scharfrichter aufschwingt und Eberswalder Blitz und Eberswalde-TV zu Vorkämpfern der Transparenz stilisiert, verwundert nun doch. Wo war Herr Stennert, als die CDU-Abgeordnete Uta Behr mit konstanter Bosheit gegen die Drehgenehmigung für Eberswalde-TV stimmte? Wenn Herr Stennert nun Krokodilstränen vergießt, weil die Eberswalder jetzt keine Information über den Bürgerhaushalt, Zoo-preise und den Verkehrsentwicklungsplan erhalten konnten, dann stellt sich die Frage, warum denn der Blitz nicht in der gleichen Ausgabe über diese Fakten berichtet hat. Mit einer Zeitung, die in alle Haushalte der Stadt geht, wäre diese Information doch noch wirkungsvoller? Zu fragen ist auch, warum es bei Eberswalde-TV keine festen Sendezeiten für Nachrichten gibt, sondern der politisch Interessierte sich eine Stunde lang allerlei unmittelbare oder mittelbare Werbung anschauen muß, um sein politisches Informationsbedürfnis zu befriedigen.

Die Antworten auf die genannten Fragen liegen auf dem Tisch. Der Barnimer Blitz und Eberswalde-TV handeln nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen. Die stark selektierten Informationen in diesen Medien, die nicht direkte Werbung sind, dienen mittelbar der Werbung, aus der die Medien finanziert werden. Mit dem Speck der redaktionellen Beiträge fängt man die Mäuse in der Werbefalle.

ALBRECHT TRILLER

Kreissportjugendtag

Eberswalde (mh/bbp). Am 28. September fand turnusmäßig der Sportjugendtag des Landkreises Barnim im Eberswalder Wald-Solar-Heim statt. Auf der Tagesordnung standen neben den Finanz- und Rechenschaftsberichten besonders die Änderung der Jugendordnung und die Neuwahl des Vorstandes. Der bisherige Vorsitzende Bernd Steinbach (SG Union Klosterfelde 1919), seine Stellvertreterin Kerstin Radicke (JC Eberswalde), Schatzmeister Kristian Stelse (FV Motor Eberswalde) sowie Pressesprecher Martin Hoec (Karateverein »Eber-Kan«) wurden wiedergewählt. Neu im Vorstand sind Jessica Stache vom PSV Bernau (Schriftführerin), Michael Seiffe vom Friedrichswalder SV 95 (Internationales) und Michael Wolff vom 1. SV Eberswalde (Bildung).

Inzwischen ist die Abgabe der Eberswalder Oberschulen und zweier von fünf Grundschulen an den Landkreis Barnim von den Beschlußgremien der Stadt und des Landkreises abgesegnet und vom Bildungsministerium genehmigt worden. Gleichzeitig wurde ihre Zusammenführung an zwei Standorten – Mitte und Westend – und die Integration der beiden Grundschulen in die entstehenden beiden fusionierten Oberschulen beschlossen. Auch ist die Trägerschaft für Grund- und Oberschule Westend und OS Mitte bereits an den Landkreis übergegangen und die Fusion der beiden Oberschulen erfolgt. Alles übrige ist noch Papier. Wie geht es nun in der Praxis weiter?

Da an beiden zukünftigen Standorten die Raumkapazität für die vorgesehenen großen Schulen nicht ausreicht, sind zunächst Baumaßnahmen unumgänglich. Vorher können die fusionierten Oberschulen nicht zusammengeführt werden, sondern müssen in den alten Häusern verbleiben. Weil die alte OS Mitte also noch in Mitte bleibt, kann auch die Goethe-Schule (die neue OS Mitte) nicht umziehen. Die Gründung des Schulstandorts Mitte nebst Integration der dortigen Europaschule soll im August 2008 erfolgen. Dann soll durch Zusammenführung am Standort West der Freizug des Schulgebäudes Mitte erfolgt sein. Das setzt voraus, daß dafür die räumlichen Voraussetzungen in Westend geschaffen sind.

Raumsituation, Baumaßnahmen. Zur Lösung des Raumproblems sind am Standort Westend zwei Erweiterungsbauten vorgesehen. Nach deren Fertigstellung ziehen die Schulen zusammen. Die dringend nötige Instandsetzung der Altbauten soll dann bei laufendem Schulletrieb weitergehen. Für Mitte geht die Bauplanung von der Errichtung eines turmartigen Baukörpers aus, der die beiden Häuser (Grund- und Oberschule Mitte) verbindet. Er soll die Räume für Schulleitung, pädagogisches Personal und andere zentrale Funktionsräume aufnehmen (siehe Pläne). Im Haushalt des Kreises für 2008 sind für den Standort Westend 2,48 Mio Euro eingestellt, für den Standort Mitte 2,14 Mio Euro. Damit werden am ersten Standort neben den Neubauten die Schulsanierung und der Umbau der Turnhalle zum Verwaltungsgebäude finanziert. Im zweiten Falle ist das Geld für die Komplettisanierung der jetzigen OS Mitte und für die Planung der Maßnahmen Grundschule und Turnhalle vorgesehen. Das Investitionsprogramm sieht bei Mitte für 2009 nochmals 2,57 Mio Euro

Eberswalder »Schulversuch« in der Umsetzung:

Schulen zweier Herren

Geboren wurde die Umstrukturierung der Eberswalder Schulen aus der Finanznot der Stadt und dem unbedingten Willen der Potsdamer Koalition, am Bildungsbereich zu sparen. Als sich zeigte, daß das Konzept des Landkreises – zwei große »Kombinate« durch Zusammenlegung der Oberschulen – mit den vorhandenen Schulbauten nicht umsetzbar war, wurde man »schöpferisch«. Die Idee, zwei Oberschulen mit integriertem Grundschulteil zu schaffen, wurde »DDR-nostalgisch« mit dem Vorzug eines einheitlichen Schulzuges von Klasse 1 bis 10 begründet. Das ist zwar nicht zutreffend, weil beim Übergang in Jahrgangsstufe 7 die Klassenverbände wegen des Brandenburger Schulsystems (Gymnasien) eben nicht erhalten bleiben, aber dieses Argument hatte auch die Bedenken der PDS-Kreistagsfraktion beseitigt.

und für 2011 3,32 Mio (Neubau einer 2-Feldhalle) vor. Zu Westend sind für 2009 0,87 und für 2010 1,25 Mio Euro geplant.

Billig wird das Eberswalder Experiment also nicht, der Kreis nimmt für »seine« Schulen richtig Geld in die Hand. Da kann die Stadt nicht mithalten. Von ihren 3 Grundschulen sind die Bürgel-Schule und die GS Finow bereits saniert. Für sie sind in den nächsten Jahren nur geringe Instandsetzungsausgaben erforder-

lich. Der Kreis »erbt« die bisherigen Schulbezirke der GS Mitte und der GS Westend und will sie als deckungsgleiche Bezirke weiterführen, d.h. die Wahl zwischen beiden Schulen bliebe den Eltern überlassen. Wie weit damit der Bestand des Grundschulteils Westend zu sichern ist, muß die Zukunft zeigen. Die Eltern werden damit konfrontiert, daß zukünftig in einer Stadt zwei verschiedenen Schulbetriebsatzungen gelten werden.

Schulanfänger in Eberswalde (Prognose)

Nach Arbeitsunterlage II, Sept. 2007, Stadtverwaltung Eberswalde. Schuljahr 2007/08 nach Schulentwicklungsplan des Kreises (Dez. 2006), Schülerzahlen Klasse 1 einschl. Integrationsschüler (Stand Aug.2006) u. Zahl der Klassen je Schule.

Grundschulbezirk	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14
GrS Mitte	88	76	74	64	85	86	80
GrS Bürgel	78	92	76	76	76	89	75
GrS Westend	24+8	35	19	27	38	38	34
GrS Schwärzensee	61	62	67	58	57	70	82
GrS Finow	57	51	54	43	60	62	54
Ebw. insgesamt	308	316	290	268	316	345	325

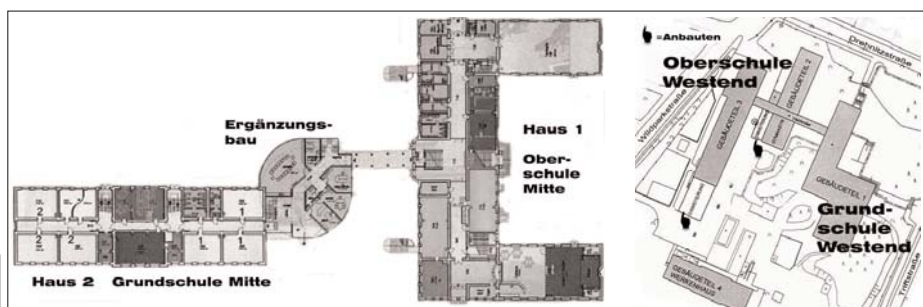
derlich. Die GS Schwärzensee hätte eine gründliche Überholung nötig, und doch sieht der Entwurf des Investitionsprogramms erst für 2011 ganze 143 TEuro vor. Die Befürchtung, daß Grundschulen unterschiedlicher Qualität entstehen könnten, ist also nicht unbegründet.

Planung der Grundschulbezirke. Die zuständigen Ausschüsse von Kreistag und Stadtverordnetenversammlung haben inzwischen jeweils Schulbezirkssatzungen verabschiedet, die zwischen den beiden Schulträgern abgestimmt wurden. Dabei hat die Stadt rigoros versucht, den Nachwuchs für ihre Schulen zu sichern (im Hinblick darauf, daß die Schulen des Kreises den Eltern attraktiver erscheinen könnten). Die Schulbezirke der drei weiterhin städtischen Schulen bleiben unverändert. Das bisherige Überlappungsgebiet zwischen den Grundschulen Bruno H. Bürgel und Mitte wird voll dem Schulbezirk der ersteren zugeschla-

Schülerzahlen. Die Prognose der Schulanfänger (Geburten, ohne Wanderungsbilanz) weist für das Stadtgebiet Eberswalde bis 2012/13 wieder tendenziell stabile bis steigende Zahlen aus. Zu berücksichtigen sind noch etwa 110 Integrationsschüler, darunter Hörgeschädigte, die die Zahlen der Westendschule erhöhen. Die Stadt erwartet daher die Erhaltung der Grundschulstandorte als 2-3-zügige Schulen. Probleme könnte es allerdings weiterhin am Standort Westend geben.

Pädagogische Aspekte, Sonstiges. Am Standort Westend soll das Ganztagskonzept der Einstein-OS weitergeführt werden. Dort werden neben den Hörgeschädigten auch andere Schüler mit Förderbedarf der ehemaligen Grundschule Mitte zu integrieren sein. Wie das pädagogisch zu bewältigen ist, muß die Zukunft zeigen. Abzuwarten ist auch, ob – wie von mancher Seite befürchtet – die Bildung der großen Schulkomplexe negative Folgen für das Schulklima haben wird. Auf einem anderen Blatt steht, daß die Umstrukturierung der Eberswalder Schulen zu einem Anwachsen der Schulen in privater Trägerschaft führen kann, wodurch dann die Prognosen der Schülerzahlen mindestens für die Sekundarstufe zweifelhaft würden. Im Moment scheint die Phase des Schulkampfes erst einmal von der des Schulkampfes abgelöst zu werden.

ROLF RICHTER



Bundesweiter dezentraler Aktionstag der Sozialproteste 29.10.07

Gegen den Aufschwung der Arbeit in Armut!

Für 500 Euro Grundsicherung und 10 Euro gesetzlichen Mindestlohn!

Am 29. Oktober fand in Deutschland ein dezentraler Aktionstag statt. Schon in der Stadtverordnetenversammlung nutzte Ute Frey von Eberswalder Montagsdemo die Gelegenheit zu einer Einwohnerfrage zur Erhöhung der Tierparkpreise, in der sie die untragbare Situation der Hartz IV-Betroffenen als Aufschwung in Armut charakterisierte. Sie forderte die Stadtverordneten dazu auf, sich für die Erhöhung der Regelleistung auf 500 Euro und dessen Anpassung an die Preisentwicklung einzusetzen. Am 29. Oktober wurden an einem Infostand vor dem Arbeitsamt Flugblätter zum Aktionstag verteilt und Gespräche mit den »Kunden« des Arbeitsamtes und mit den Vorübergehenden geführt.



Hartz IV ist eine Politik der Einschränkung von Rechten ganzer Teile der Bevölkerung, der zwangsweisen Beschäftigungsgelegenheiten ohne Anspruch auf Lohn und Arbeitnehmerrechte, der gesetzlichen Verarmung, der zahlenmäßig verdoppelten Kinderarmut und der Perspektive einer zukünftigen Altersarmut.

»Ein-Euro-Jobs« und andere Maßnahmen frisieren immer noch die realen Erwerbslosenstatistiken. Wir wollen nicht als Null-Euro-»Bürger-Arbeiter/in« den abgebauten öffentlichen Dienst ersetzen. Macht den Mißbrauch sichtbar.

ALG II und befristete Leiharbeit setzen Belegschaften unter Druck. Wir wollen uns nicht mehr gegeneinander ausspielen, weder bei BMW in Leipzig, noch anderswo.

Wir fordern

* Reale Mindesteinkommen sichern: Statt 347 Euro muß eine Grundsicherung von mindestens 500 Euro repressionsfrei gewährt werden, um das soziale Recht auf eine demokratische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umzusetzen. Ein gesetzlich verankerter Mindestlohn von 10 Euro ist gegen Armutslohne notwendig!

* Individuelle soziale Rechte statt Hartz IV-Repressionen: Das Instrument der »Bedarfsgemeinschaft« gehört abgeschafft; Kinder sind ganze Menschen und nicht nur 60% eines Erwachsenen wert! Eine eigenständige Grundsicherung für Kinder und junge Erwachsene ist notwendig. Hartz IV wird zu einer massiven Anstieg der Altersarmut führen.

* Das Instrument der Regelsätze demokratisieren, ALG anpassen: Die Art der Berechnung und die Höhe des ALG II, des Sozialgeldes und der gewährten Armutsrente müssen von einer »unabhängigen Kommission« unter Beteiligung der Nationalen Armutskonferenz und der Interessenvertretungen der Erwerbslosen, Behinderten und chronisch Kranken, sowie der Zusammenschlüsse für Kinderrechte berechnet und angepaßt werden, der Bedarf von Kindern, jungen Erwachsenen und chronisch Kranken muß eigenständig und angemessen aufgestellt werden!

* Arbeit gerecht verteilen: Wir unterstützen alle betrieblichen, gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfe für eine »Arbeitszeitverkürzung auf einen neuen 30-Stunden-Normalarbeitstag bei vollem Lohnausgleich«. Die vorhandene Lohnarbeit muß genauso gerecht verteilt werden, wie die eigene Sorgearbeit in den Familien. Wir wollen von unserer Arbeit leben! Leben ist aber mehr, als der Kapitalverwertung zu dienen.

* Gesellschaftlich sinnvolle Arbeit anerkennen: Wir brauchen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, in dem Erwerbslose eigenverantwortlich und selbstbestimmt Initiativen und Projekte für gesellschaftlich notwendige Arbeit entwickeln. **Von Arbeit muß man in Würde leben können und ohne auch!**

»Leben in wahrgenommener und gewährter Würde ist reiches Dasein, Leben in verletzter Würde ist armes Dasein. Elend kommt nahezu zerstörter Würde gleich.« (H. Thiele)

Informationen: www.die-soziale-bewegung.de/
www.gegen-armut-2007.de/

Kontakt ABSP: info@die-soziale-bewegung.de
V.i.S.d.P. Eberswalder Montagsdemo

Tierparkpreiserhöhung unsozial

Einwohnerfrage auf der Stadtverordnetenversammlung am 25.10.2007

In der letzten StVV habe ich das Problem Beihilfe für Schulsachen und Essengeldbefreiung für arme Kinder angesprochen. Ihre Antwort, Herr Boginski, und das Presseecho ließen hoffen. Aber es gibt bis heute kein Ergebnis. Nur prüfen will man das und dafür zuerst die dafür entstehenden Kosten ermitteln. Aber das kann Monate dauern, sagte Herr Landmann in der Ausschußsitzung. Aber eine Entscheidung wäre gerade jetzt nötig, denn jetzt findet die Haushaltsdiskussion statt.

Dafür steht heute aber eine andere Vorlage zur Entscheidung, nämlich die über die Erhöhung der Zoeeintrittspreise. Auch darüber wurde in der Sitzung des Ausschusses mit dem langen Namen – und in der vorgeschalteten Beratung der Arbeitsgruppe Hartz IV gesprochen. In der Einwohnerfragestunde im Ausschuß wurde dringend darum gebeten, bei der Anhebung der Tierparkpreise die Hartz IV-Betroffenen und anderen Sozialschwachen auszunehmen. Dies ist aber nicht geschehen. Die Preistabelle, die heute beschlossen werden soll, enthält auch für diesen Personenkreis Erhöhungen.

Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordneten, ich bitte Sie, belassen Sie die Eintrittspreise für die Sozialschwachen auf dem bisherigen Niveau, oder noch besser, senken Sie diese.

Sie wissen doch: bei allem Gerede vom wirtschaftlichen Aufschwung gibt es keine Verbes-

serungen für die Schwachen der Gesellschaft, sondern einen Aufschwung in Armut. Die Zahl der Hilfebedürftigen wächst unaufhörlich. Die Lebenshaltungskosten steigen, aber der Regelsatz des ALG II bleibt auf dem von Anfang an zu niedrigen Niveau. Notwendig ist eine soziale Grundsicherung von mindestens 500 Euro im Monat, statt der 345 Euro. Der Regelsatz müsste auch den ständig wachsenden Lebenshaltungskosten angepaßt werden.

Ich weiß, an dieser Stelle werden Sie wieder sagen, daß dies nicht in der Stadt entschieden wird. Das ist richtig. Aber richtig ist auch, daß sie heute die Erhöhung der Zoeeintrittspreise beschließen und damit noch ein Stückchen mehr Lebensqualität der sozial Schwachen streichen.

Fragen Sie mich bitte nicht nach den Deckungsquellen, denn ich habe auch nicht die Entscheidung über den Haushalt. Die Entscheidung liegt bei Ihnen. Sie müssen fragen, warum der Tierpark jetzt 10 % mehr Geld braucht, oder warum trotzdem in die eiszeitliche Gletscherlandschaft investiert werden muß. Auf Kosten der Sozialschwachen ist das Problem jedenfalls nicht zu lösen.

UTE FREY

Anmerkung: Der Stadtverordnete Gerd Markmann griff den Vorschlag von Ute Frey auf. Sein Änderungsantrag, die ermäßigten Tierpark-Eintrittspreise nicht zu erhöhen, wurde bei 7 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Sozialforum Cottbus

Sozialforen haben eigene Ansprüche. Die Idee kommt aus Brasilien und wurde da 2001 erstmalig ausgeführt. Unter dem Motto »Eine andere Welt ist möglich« können Individuen, Bewegungen und gesellschaftliche Organisationen ihre Ideen, für ein besseres Leben aller Menschen, austauschen. In der »Charta von Porto Alegre« sind die Grundsätze, für alle in ei-



nem Raum (auch Stadion) befindlichen Menschen, fest geschrieben. Beispielsweise, alle die ihn betreten sind gleichwertig, gleichberechtigt und willkommen insofern sie diese Grundsätze respektieren, Parteien als solche gehören nicht dazu. Niemand hat immer Recht, das Forum fasst keine Beschlüsse und gibt keine Erklärungen ab. Das können nur die verschiedenen sozialen Bewegungen im eigenen Namen. Ausgeschlossen sind politische Kräfte die Krieg, bewaffneten Kampf und Völkerhaß predigen und die Gleichwertigkeit aller Menschen leugnen.

Das zweite deutsche Sozialforum fand vom 18. bis 21. Oktober in Cottbus statt. Die angebotene Themenpalette reichte von regionalen (Tagebau in der Lausitz) über gesamtdeutsche, europäische und weltweite soziale Probleme, die durch die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung und Kriegspolitik verursacht sind. Da viele Themen gleichzeitig behandelt wurden, war die Auswahl schwierig. Ich habe an acht Konferenzen und der Demo teilgenommen. Es war alles sehr lebendig, doch leider habe ich viel verpassen müssen. Die Diskussionen fanden am Freitag und Samstag jeweils von 9 bis 19 Uhr statt. Von 20 bis 21.30 Uhr war jeweils eine Vernetzungsphase. Und die Ergebnisse wurden am Sonntag in die Versammlung der sozialen Bewegungen eingebracht. Auch eine Demonstration zur Cottbuser Stadthalle gehörte zum Programm und wurde mit etwa 500 Teilnehmern durchgeführt. Auf der Abschlußkundgebung rief Horst Schmitthener, IG Metall, zum Widerstand gegen soziales Unrecht auf und Sara Andersson lud zum nächsten Forum in Malmö (Schweden) ein. Abends gab es jeweils noch kulturelle Angebote z.B. Kino, Musik und Tanzen. Es waren erlebnisreiche und interessante Tage. Für das leibliche Wohl war gesorgt und Übernachtungsmöglichkeiten wurden auch in 3 Turnhallen angeboten. Der Stadt Cottbus für die Bereitstellung der Räumlichkeiten und den Veranstaltung für die Organisation ein herzliches

Volksinitiative Sozialticket:

Die nächste Hürde genommen

Der Hauptausschuß des Brandenburger Landtages hat in seiner Sitzung Anfang November die »Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets« zugelassen. Von insgesamt 32.400 Unterschriften wurden 29.000 für gültig erklärt. Nötig waren 20.000. Das spricht für die Qualität der Unterschriftensammlungen, die durch die Initiatorinnen und Initiatoren an den Tag gelegt wurde.

Jetzt hat sich der zuständige Fachausschuß Infrastruktur und Raumordnung mit dem Anliegen zu beschäftigen. Am 29. November wird deshalb in der planmäßigen Sitzung des Fachausschusses den Initiatorinnen und Initiatoren der Volksinitiative die Möglichkeit eingeräumt, ihre Standpunkte im Rahmen eines öffentlichen Anhörungsverfahrens darzulegen. Der Ausschuß wird dem Parlament eine Beschlußempfehlung für die Abschlußberatung zum Doppelhaushalt 2008/2009 unterbreiten, welche im Dezember dieses Jahres stattfinden wird. Nun gilt es, die Mitglieder der Regierungskoalition aus SPD und CDU zu sensibilisieren, sich ernsthaft mit dem Anliegen zu beschäftigen und konstruktiv nach Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, um bereits

2008 in den Landkreisen und kreisfreien Städten ein Sozialticket einzuführen bzw. wieder einzuführen. Beachtet werden sollte, daß bei der Gewährung von finanziellen Mitteln durch das Land die bisher veranschlagte Summe von ca. 5 Mio. Euro jeweils zur Hälfte aus dem Budget der Ministerien Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie sowie Infrastruktur und Raumordnung bereit gestellt wird. Es darf aber nicht passieren, daß die kommunalen Verkehrsbetriebe bei Gewährung von finanziellen Mitteln des Landes für die Landkreise und kreisfreien Städte Kürzungen in den Zuschüssen für den ÖPNV ihrer kommunalen Träger erfahren.

Wir erwarten und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Landespolitik dem basisdemokratischen Bürgerwillen Rechnung trägt, damit ab 2008 auch die sozial benachteiligten Brandenburgerinnen und Brandenburger mit Hilfe eines Sozialtickets am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können.

CARSTEN ZINN

(Initiator ver.di Berlin-Brandenburg)

DR. ANDREAS STEINER

(Initiator Grüne Liga Brandenburg)

Ergebnisse der INITIATOREN und INITIATORINNEN in der Volksinitiative Sozialticket:

Partei DIE LINKE	14.339	
ver.di	6.716	davon ver.di Uckermark/Barnim 5.986
Volkssolidarität	5.964	
Arbeitslosenverband	3.900	
DGB	1.371	
GRÜNE LIGA	110	
GESAMT:	32.400	davon GEWERKSCHAFTEN insgesamt: 8.087

Demonstration gegen die Regierung am 13. Oktober:

»Wir wollen menschenwürdig leben!«

Die Initiatoren der Demonstration »Schluß mit dem Raubbau an sozialen und demokratischen Rechten! Wir wollen menschenwürdig leben!« freuen sich über die erfolgreiche Durchführung der 4. bundesweiten Demonstration gegen die Regierung am 13. Oktober in Berlin. Unübersehbar war die Forderung »Weg mit Hartz IV – Wir wollen menschenwürdig leben!«

Es nahmen 7.000 Menschen aus allen Teilen Deutschlands teil. Darunter aus Magdeburg, Chemnitz, Eisenach, Angermünde, Jüterbog, Dortmund, Hamburg, München, Stuttgart, Berlin usw. Darunter zahlreiche Delegationen der Montagsdemonstrationen, aus industriellen Großbetrieben, Gewerkschaften wie Siemens, Daimler, Thyssen, RAG, IG Metall, Verdi und GEW. Große Beachtung fand die Teilnahme von zahlreichen Jugendlichen und ganzen Familien mit Kindern. Die Demonstration und Kundgebung wurde auch durch zahlreiche Kulturgruppen und Künstler unterstützt. Auch international fand die Demonstration und Kundgebung Beachtung. So

schickte die Schweizer Gewerkschaft Kommunikation, ein Mitglied des Vorstandes des Schweizer Gewerkschaftsbundes und verschiedene linke Organisationen aus Italien, Griechenland, Frankreich, Großadresses. Besonders freuten sich die Teilnehmer auch über eine Grußadresse von Pfarrer C. Führer (Nikolaikirche Leipzig) und von Käte Reichel, Mitarbeiterin von Bertold Brecht.

Die Demonstration hatte einen kämpferischen und sehr kulturvollen Charakter und verlief ohne Zwischenfälle. An verschiedenen offenen Mikrofonen äußerten sich zahlreiche Menschen zu der angeblichen »Erfolgsbilanz« und der »Aufschwungeuphorie« der Merkel-Münzfering-Regierung und kritisierten deren unsoziale Politik und die von Innenminister Schäuble geschürte Terrorismushysterie und den Abbau demokratischer Rechte.

Eine wichtige Rolle spielte die Solidarität mit den Lokführern und die Forderung nach einem vollen Streikrecht in Deutschland.

Zwei Ein-Beiner, und niemand mit zwei Beinen?

Von Dr. Rainer Thiel

Der Hamburger Wirtschafts- und Sozialsektor Gunnar Uldall (CDU) schrieb in einer Zeitung: »Arbeitsplätze können nur durch eine florierende Wirtschaft geschaffen werden.« Stichwort »Wirtschaftswachstum«. Nun wächst die Wirtschaft unablässig, Deutschland ist sogar Exportweltmeister, doch Arbeitsplätze entstehen nicht. Die Arbeitslosigkeit bleibt hoch, und höher als es die Statistik ausweist. Natürlich mag die Wirtschaft boomen. Doch damit steht Herr Uldall auf nur einem Bein. Die Wirtschaft hoch – doch Mindestlohn? Auf keinen Fall, so spricht Herr Uldall. So steht er wahrlich nur auf einem Bein. Und die betroffenen Bundesbürger?

Doch gibt es Einbein-Hüpfen auch bei ausgewiesenen Linken. Die Linken blicken auf die Niedrigverdiener und wollen für sie Mindestlöhne, die über der Armutsgrenze liegen. Recht so. Tausendmal recht. Doch Mindestlöhne bringen keine Arbeitsplätze.

Nun gibt es seit Jahrzehnten Leute, die nicht nur im Besitze von zwei Beinen sind. Sie nutzen sogar beide. Sie sagen nämlich: *Wenn die Produktivität wächst – und darauf ist die Marktwirtschaft so ungeheuer stolz – dann kann man die allgemeine Arbeitszeit der Jobbenden verkürzen.* Mehr Freizeit kommt der ganzen Familie zugute, und die Arbeitenden bleiben nicht erpressbar, denn man kann ihnen nicht mehr mit Entzug des Arbeitsplatzes drohen. Also muß man die allgemeine Arbeitszeit verkürzen. Dann werden Arbeitsplätze frei, Erwerbslose kommen wieder in Lohn und Brot. Volkswirtschaftlich gesehen kann die Zahl der Arbeitsstunden konstant bleiben, dann aber solidarisch verteilt. Und damit die Niedrigverdienenden nicht noch ärmer werden, wird ihnen gesetzlicher Mindestlohn gewährt, zum Beispiel 10 Euro pro Stunde. Dann werden sie sogar mehr Geld in der Tasche haben, als ihnen gegenwärtig zugestanden wird.

Zwei Beiner sagen also: *allgemeine Arbeitszeitverkürzung und ordentlicher Mindestlohn.* Das eine und das andere. Nicht entweder oder. Sondern sowohl als auch. Eben Zwei Beinigheit! Wäre das nicht etwas für die Linken, Politik zu machen? Dem könnten sich auch die Gewerkschaften nicht entziehen, die ständig Mitglie-

der verlieren, weil Mitglieder von Arbeitsplatz-Entzug bedroht sind und sich der Erpressung unterwerfen nach dem Motto »Rette sich wer kann«, ohne Rücksicht auf andere Kollegen.

Arbeitszeitverkürzung gab es schon vor hundertfünfzig Jahren, bis in die jüngere Vergangenheit, etwa bis Anfang der neunziger Jahre. Gewerkschaften hatten sich verdient gemacht. Doch als das aufhörte, diese Arbeitszeitverkürzung, sprang auch die Arbeitslosigkeit in die Höhe. Die Lohnabhängigen wurden erpressbar, und ihre Löhne bleiben mehr als vorher hinterm Wachstum des Profits zurück.

Zwei Beiner gab es immer schon bei den Linken: Karl Marx in seinem Hauptwerk 1867, Gregor Gysi Anfang der neunziger Jahre. Und selbst so manches kleine Licht erwies sich als ein Zwei Beiner. Als die Arbeitslosigkeit begann, auch meine Kinder zu bedrohen, habe ich alles, was mir an Zwei Beinigheit bekannt geworden war, zusammengefaßt und gar noch theoretisch untermauert wie ein Zoologe die Anatomie der Zwei Beiner. Den Extrakt meiner Studien sandte ich als Leserbrief an »Die Größte unter den Linken«, an die »Sozialistische Tageszeitung seit 1946«, die übrigens Herrn Uldall gern zu Worte kommen ließ – siehe oben. Vermutlich ungekürzt. Mein Leserbrief dagegen ward gekürzt veröffentlicht. Dennoch gab es drei begeisterte Zuschriften, ein Diskurs schien sich anzubahnen, ich sandte ergänzende Texte an die linke Zeitung, doch die linke Zeitung schweigt dazu seit Jahren.

Inzwischen sprach ich mit meinen linken Freunden. Die sagten nicht direkt nein zur Arbeitszeitverkürzung, aber mit feindlichem Unterton. Sie hielten mir unter die Nase: »Nur mit vollem Lohnausgleich«. Natürlich! Natürlich hatte ich daran gedacht, von Marx ganz abgesehen. Und meine Studie war komplexer als 20 Leserbriefe. Siehe www.thiel-dialektik.de. Ich hatte auch gezeigt, wie Lohnausgleich für Geringverdiener geschaffen werden kann, sodaß die Ärmsten selbst mit zwanzig Wochenstunden mehr verdienen als zuvor mit vierzig. Doch das wollten meine Freunde gar nicht lesen. Zwei Dinge im Zusammenhang zu denken scheint ihnen zu anstrengend. Eine Diskussion kam auch nach Jahren nicht zustande.

Nun sprechen meine Freunde laut von Mindestlöhnen – recht so. Auf einem Bein stehen sie schon. Doch der Arbeitszeitverkürzung wollen sie sich auch nach Jahren Ein-Bein-Stehen nicht recht zuwenden. Am Rande kommt das Stichwort wohl in manchen Äußerungen vor bei ihnen, doch wird es nicht in die praktische Politik hineingetragen. So gleichen die Linken den Leuten, die vielleicht zwei Beine haben, doch das eine Bein ist hochgezogen wie bei einem Flamingo, der lange Zeit auf einem Bein stehen kann, das andre unterm Flügel versteckt, ein Sonderfall im Reich der schönen Vögel.

Zwei Beine sind auch uns als Menschen eigen. Zwei Beinigheit ist gar noch mehr als unser Eigen: Sie ist Symbol für unsre Fähigkeit, zwei Dinge im Komplex zu tun: Mit dem einen Bein auf der Erde zu sein und mit dem zweiten Beine ebenfalls, mitunter Schwerpunkt wechselnd von dem einen auf das andre Bein: gehen, laufen, wandern, klettern, stehen – auch an Rednerpulten –, und last not least das Fußballspielen.

Nun kann man das Prinzip noch weiter ausgestalten, wie auch die Fußballtrainer wissen. Um die Weisheit aufzuschreiben, reicht ein Bierdeckel freilich nicht.

Doch auf wenig mehr als einem Bierdeckel läßt sich getrost schon mal sagen: Mit einem Bein die Wirtschaft in Gang halten – Herr Uldall will es doch in Hamburg zeigen. Sozusagen ein Bein aufs Gaspedal. Es kann im ersten Gange sein.

Und was könnte man mit dem zweiten Bein? Die Arbeitszeit verkürzen. Herr Uldall hat ja selbst gesagt: »Der Staat kann einen Rahmen setzen«. Und wenn der Staat – das sage ich dazu – das nicht verstehen will, dann kann die Linke nachhelfen, von der Gewerkschaft ganz zu schweigen. Die Gewerkschaft ist im Zugzwang. Wenn sie nicht den Trend umkehrt, wegen Bedrohung durch Arbeitslosigkeit erpressbar zu bleiben, wenn sie nicht zum Kampf aufruft für allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, dann werden noch mehr Jobbende die Gewerkschaft verlassen.

zuerst veröffentlicht in »Artikel Eins«
(siehe auch www.Artikel-Eins.com)

Fortsetzung von Seite 8

Auf der Abschlußkundgebung sprachen u.a. Birgit Kühr aus Angermünde, Fred Schirmacher aus Berlin, Professor Dr. Heinrich Fink, Vorsitzender der VVN, Stefan Engel, Parteivorsitzender der MLPD, Lothar Schwarzer vom Arbeitslosenausschuß der GEW Berlin, IG-Metaller von Opel Bochum, Gudrun Kimmerle aus Leipzig, die von Quelle aus politischen Gründen entlassen worden ist.. Mike Stout, Musiker aus den USA begeisterte mit Rockmusik am Brandenburger Tor.

Die Teilnehmer waren sich über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg darin einig, das der gemeinsame Widerstand gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte, gegen Hartz IV, und das Eintreten für einen Mindestlohn von dem man auch leben kann, für eine Arbeitsverkürzung auf Kosten der Profite und ein volles Streikrecht verstärkt werden soll.

Koordinierungsgruppe Bundesweite
Montagedemonstrationsbewegung



Polio-Welt-Tag

Impfschutz weiterhin unverzichtbar

Am 28. Oktober jährte sich der Geburtstag des Erfinders des Polio-Impfstoffes, Jonas Salk. Wegen der bedeutenden Leistungen des Forschers wurde dieser Tag 1998 zum Polio-Welt-Tag ausgerufen. Poliomyelitis, auch bekannt als Kinderlähmung, ist in Europa durch den flächendeckenden Impfschutz seit Beginn der 60er Jahre nahezu ausgerottet. Diese medizinische Leistung darf aber nicht darüber hinweg täuschen, daß die Krankheit in Ländern, wie z. B. Nigeria, Indien, Pakistan oder Afghanistan noch immer häufig auftritt und durch die Globalisierung auch vor unseren Landesgrenzen nicht Halt macht.

Die Impfung gegen Poliomyelitis ist in unserem Land nicht mehr Pflicht. Durch die inzwischen weit verbreitete Impfskepsis gibt es heute immer mehr Säuglinge und Kinder, die keinen entsprechenden Schutz haben. So treten auch in Deutschland immer wieder neue Krankheitsfälle auf und 50.000 Menschen leiden an Polio-Folgen. Auch ich bin im Säuglingsalter erkrankt und rufe deshalb dazu auf, wieder einen flächendeckenden Impfschutz gegen Poliomyelitis einzuführen. Auch Auffrischungsimpfungen im Erwachsenenalter sind unverzichtbar, um eine Rückkehr der nahezu ausgerotteten Krankheit zu verhindern.

INGEBORG KOLODZEIKE

Courage gegen rechts

Erneut ist Zivilcourage gegen Rechtsextremismus gefragt – zum dritten Mal ruft die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (Die Linke) junge Leute in ihrem Wahlkreis dazu sich, sich an dem Wettbewerb »Zivilcourage vereint« zu beteiligen. Die Aktion, die 2005 ihre erste Auflage erlebte, wird von einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneter der Linken unterstützt. Mit dem Wettbewerb sollen junge Menschen ermutigt werden, sich mit kritischen und kreativen Beiträgen – seien diese eher künstlerischer oder eher handwerklich-technischer Art – mit den Problemen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auseinanderzusetzen. »In den Anstrengungen dazu dürfen wir nicht nachlassen, wie neue Debatten um rechtsextreme Ausschreitungen auch in Ostdeutschland zeigen. Dabei kommt es zweifellos darauf an, daß Bund, Länder und Kommunen Initiativen und Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, besser fördern«, erklärt Enkelmann. Für sie kommt es aber auch darauf an, im Kampf gegen rassistisches und faschistisches Gedankengut mit neuen, kreativen Ideen gerade junge Menschen zu erreichen. Bei der aktuellen Auflage des Wettbewerbs winken als Preise eine einwöchige Studienreise nach Griechenland im Frühjahr 2008 sowie Sachgewinne. Einsendeschluß ist der 16. Februar 2008.

BÄRBEL MIERAU

»Klimabündnis mit Leben füllen«

AG Umwelt im Gespräch mit Umweltfreunden aus den Nachbarkreisen

Eberswalde (bbp). Die AG Umwelt bei der Linken Barnim konnte am 26. Oktober Gäste aus den Nachbarkreisen begrüßen. Neben Helmut Weiße von der Linken in Schwedt, waren aus Bad Freienwalde Nicole Wiede (Naturfreunde) und Bernd Müller (Die Linke) angereist.

Helmut Weiße berichtete von Bemühungen, in seiner Stadt ebenfalls eine AG Umwelt zu gründen. Die beiden Freienwalder berichteten ausführlich über die Aktivitäten der Bürgerinitiative »Keine Schnellstraße zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde«. Die BI sieht sich als Dachorganisation mehrerer bereits bestehender lokaler Initiativen. Ziel ist, daß die einzelnen BI nicht gegeneinander ausgespielt werden. Von den drei ausgewiesenen Varianten, so Müller, seien zwei schon planungsrechtlich nicht durchsetzbar. Die favorisierte Variante 3 aber weise den größten Flächenverbrauch und die größten Belastungen für die Anwohner auf. Ortschaften wie Sommerfelde, Tornow und Teile von Bad Freienwalde würden sich in Verkehrsinseln verwandeln. Höhenunterschiede von ca. 150 m müssen überwunden werden, daher sei der Ausbau in drei Spuren vorgesehen. Bei Bad Freienwalde würde eine breite Schneise im Randhang des Oderbruchs entstehen mit unvorhersehbaren Auswirkungen auf das besondere Mikroklima des Oderbruchs und der angrenzenden Region. Letztlich gehe es nicht um die Lösung der Verkehrsprobleme in der Region, sondern um den Bau einer Transitstraße ins benachbarte Polen. Allerdings gibt es

auf polnischer Seite noch nicht einmal den Ansatz zu einer Planung, wie die Schnellstraße dort weitergeführt werden kann.

Die AGU kam zu dem Schluß, das Anliegen der BI unbedingt zu unterstützen. Die Fraktion der Linken in der StVV Eberswalde wird gebeten, sich auf der StVV-Sitzung am 22. November für eine ablehnende Stellungnahme der Stadt einzusetzen und ggf. einen entsprechenden Änderungsantrag einzubringen.

Nächstes Thema war die Vorbereitung auf die am 27. Oktober in Bernau stattfindende Gründungsversammlung der Linken auf Kreisenebene. Auf der Tagesordnung stand u.a. die Verabschiedung von »Kommunalpolitischen Grundsätzen«. Dabei wollte die AGU darauf achten, daß gegenüber der Entwurfsfassung vom Sommer mehr ökologische Positionen aufgenommen werden.

Weitere Themen waren die Volksinitiative »Keine neuen Tagebaue«, dazu soll es am 17. November einen gemeinsamen Infostand der Linken und der Grünen auf dem Eberswalder Marktplatz geben, Vorschläge zur Nutzung der Wasserkraft am Finowkanal sowie Informationen zum Stadtwald und zum Klimabündnis »Alianza del Clima«. Die AGU will sich verstärkt dafür einsetzen, daß nach der formalen Wiederherstellung der Vereinsmitgliedschaft diese nunmehr mit Leben erfüllt wird.

Die nächste AGU-Beratung findet am 30. November, 17.30 Uhr im Café am Weidendamm statt.

Schröders Töchterlein und das Reisen

Der Schröder, von dem und dessen Tochter hier die Rede ist, sollte, obwohl er der gleichen Partei angehört wie der Exkanzler, nicht mit dem verwechselt werden.

Erstens heißt er Richard mit Vornamen, zweitens hat er es zum Doktor und Professor gar gebracht, drittens ist er ein Ossi und saß seinerzeit der SPD-Fraktion der Volkskammer vor und ließ regelmäßig wissen, daß in der kratischen Replik alles Mist gewesen sei - bis auf Schnrödern selbst.

Heutigentags organisiert er sich immer mal wieder einen Auftritt in einer Talk-Runde und sorgt so für seine Unvergessbarkeit. Dabei achtet der gewiefte Bursche höllisch darauf, daß ihm nicht etwa ein im Argument und Kontern überlegener zur Seite gesetzt wird; eine Garnitur milder Hanseln ist ihm recht, da macht er gern den tollen Richie.

So auch jüngst, als ein Regionalkanal eine Gesprächsrunde zum Zwecke der DDR-Nostalgiebekämpfung zu veranstalten hatte. Leider lief nicht alles so, daß Schröder die Meinungshoheit behalten konnte. Das Urteil einer Telefonaktion zur sozialen Lage im gelobten Lande fiel aus Sicht des Theologieprofessors verhee-

rend aus, worauf sich der Gelehrte nicht entblödete, die Anrufer für blöd zu erklären. Das aber nehme er ihnen nicht übel, nicht verstehen aber könne er, daß sie so täten, als seien sie es nicht. So viel zur Volksverbundenheit Schröders.

Später am Abend dann wurde ein Mail-Text verlesen, in dem ein Wessi (!) äußerte, die ganzen Freiheiten, insbesondere die des Reisens, seien ja ganz schön, nur habe ein Hartzii nichts davon, weil ihm schlichtweg das Kleingeld fehle, um große Touren zu unternehmen. Und nun kam die Tochter des wackeren Populisten ins Spiel. Die nämlich habe gleich nach der D-Markteinführung mit ein paar Westgroschen in der Tasche eine Europareise unternommen und sei sogar bis nach Marokko gekommen. Daran möge sich jeder ein Beispiel nehmen, der auf Stütze lebt.

Wer also nächstens eine alleinerziehende arbeitslose Mutter mit zwei unmündigen Kindern in Nordafrika trifft, darf sicher sein, daß sie nur den Rat des Berufschristen gefolgt sind. Von dort könnten sie ja auch gleich einen Asylantrag stellen, wenn sie schon mal da unten sind...

Dr. STEFFEN PELTSCHE

Dreiste Lügen

Baumfällungen an der Altenhofer Straße und an der Messingwerkstraße (2)

Schwere Vorwürfe erhebe ich gegen den Leiter des Landesbetriebes für Straßenwesen Eberswalde, Eckhard Schwitalski. Dreist und unwarh ist seine Argumentation gegenüber der Märkischen Oderzeitung, daß die Bäume beseitigt werden mußten, weil »sie nicht mehr vital genug waren und den Straßenverkehr gefährdeten«. Anscheinend soll damit der Bevölkerung eingeredet werden, daß es keine Alternativen zur Fällung gab. Meine deutliche Kritik richtet sich auch an die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim, die nicht zum ersten Mal ein solches Vorhaben der Straßenbehörden abgesegnet hat.

Erste Auswirkungen der Alleebeseitigung spürten die Anwohner. Mir wurde mitgeteilt, daß in den letzten Tagen die von der Landestraße ausgehenden Lärmbelastungen zugenommen und die Geschwindigkeiten des frequentierenden Verkehrs nun deutlich angestiegen seien. Gleiche Geschwindigkeiten vorausgesetzt empfinden Fahrzeugführer beim Durchfahren einer Allee erwiesenermaßen ein höheres Tempo als an baumfreien Straßenverläufen. Folglich erscheint die Beseitigung dieser alten Allee kontraproduktiv mit Blick auf eine wünschenswerte Verkehrsberuhigung im Ort Lich-

terfelde. Aufgrund des fehlenden Baumbestandes kann zugleich mit höheren Windgeschwindigkeiten gerechnet werden, wovon vor allem das Lichterfelder Musikerviertel teilweise betroffen sein wird. Auch die Bewohner der benachbarten Seniorenresidenz zeigten sich entsetzt über die Fällungen und tiefe Enttäuschung darüber, daß nun die herrlichen Bäume verschwunden sind. Ein Stück Lebensqualität ist unwiederbringlich verloren gegangen. Wohl keiner von ihnen wird das Heranwachsen einer ähnlich stattlichen Allee vor seiner Haustür noch erleben.

Um es aktenfest zu machen, werde ich in den nächsten Tagen bei der Unteren Naturschutzbehörde Strafanzeige gegen den Landesbetrieb für Straßenwesen Eberswalde gemäß § 31 BbgNatSchG und § 42 BNatSchG stellen wegen Zerstörung der Allee an der Messingwerkstraße, samt ihrer Lebensräume. In diesem Zuge wird auch die im Januar dieses Jahres vollzogene Zerstörung der Allee in Eberswalde OT Sommerfelde zur Anzeige gebracht werden, die ebenfalls vom Landesbetrieb für Straßenwesen in Auftrag gegeben wurde.

Dr. ANDREAS STEINER,
Barnimer Baumschutzstammtisch
(Seite 1)



Jahrelang verstümmelt und dann beseitigt: Die kurze Lindenallee in Lichterfelde.

Streit um die Sonne

Eberswalde (solarlokal). Auch um die Sonne läßt sich streiten. Das haben schon einige Bürgerinnen und Bürger erfahren müssen, die Auseinandersetzungen um die Nutzung der Sonnenenergie mit ihren zuständigen Energieversorgungsunternehmen hatten. Gerichtliche Auseinandersetzungen zu solchen Fragen können teuer werden und sind Nerven aufreibend.

Um künftig solche Streitigkeiten zu vermeiden, hat das Bundesumweltministerium Mitte Oktober 2007 eine Clearingstelle zum EEG eingerichtet. Sitz der Clearingstelle ist Berlin. Die EEG-Clearingstelle soll unbürokratisch und schnell Rechtsfragen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz lösen und Gerichtsverfahren vermeiden. Anlagen- und Netzbetreiber können die Clearingstelle gleichermaßen anrufen, sie fungiert dabei als neutrale Mittlerin. Aus-

führliche Informationen zur EEG-Clearingstelle sind im Internet unter www.clearingstelle-eeg.de zu finden.

»Die Clearingstelle zum EEG«, sagt der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski, »ist sehr zu begrüßen, hilft sie doch den Bürgerinnen und Bürgern, bei Fragen und Problemen bei der Nutzung von Solarstrom schnell eine Klärung herbeizuführen. Und sie kann so für Investitionssicherheit bei einer wichtigen Zukunftstechnologie sorgen.« Die Stadt Eberswalde beteiligt sich an der Kampagne SolarLokal für mehr Strom aus Sonne. Die Adressen der SolarLokal-Handwerksbetriebe vor Ort erfahren Sie am SolarLokal-Infotelefon unter 01803/2000 3000. Aktuelle Informationen zu Solarstrom und Fördermöglichkeiten finden Sie im Internet unter www.solarlokal.de

Grüne und Linke für Volksinitiative:

»Keine neuen Tagebaue«

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Linken wollen sich aktiv an der Sammlung von Unterschriften für die Volksinitiative »Keine Neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik« beteiligen. »Wir müssen jetzt mit der Energiewende beginnen, gerade im Braunkohleland Brandenburg«, erklärt Jörg Schneiderei, Mitglied des SprecherInnenrates der Eberswalder Linken, »deshalb werden wir auch in Eberswalde fleißig Unterschriften sammeln.« Die Linke stellt sich im Rahmen ihrer Leitbilddebatte die Aufgabe, die Energiestrategie der Partei weiter zu entwickeln. Sie sieht den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung als zeitliche Brücke für eine soziale, wirtschaftliche und ökologische Umgestaltung der Lausitz. Das sei nicht nur im Interesse der vom Braunkohleabbau negativ Betroffenen, sondern auch im Interesse der Kohlekumpel und ihrer Familien. Eine gemeinsame Aktion zusammen mit den Eberswalder Umweltverbänden und der Partei Bündnis 90/Die Grünen, so Schneiderei, sei für den 17. November geplant.

Letztere hatten bereits am 14. Oktober in der Bernauer Bürgermeisterstraße am Marktplatz über die Volksinitiative informiert und erste Unterschriften gesammelt. »Die Volksinitiative«, sagte der stellvertretende Grüne Sprecher Stefan Stahlbaum, »richtet sich aus Gründen des Klima- und Naturschutzes sowie zum Schutz der bedrohten Menschen vor Abbaggerung ihrer Dörfer in der Lausitz gegen den Aufschluß neuer Tagebaue in Brandenburg. Die bestehenden Tagebaue, für die der Energiekonzern Vattenfall die Abbaurechte besitzt, sollen zu Ende geführt werden können.«

Zu den Initiatoren der Volksinitiative gehören die großen Umweltverbände NABU, BUND, GRÜNE LIGA und Naturfreunde, die Parteien Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und die Wendische Volkspartei, der Bauernbund sowie zahlreiche andere Organisatoren. Um die Volksinitiative zum Erfolg zu verhelfen und den brandenburgischen Landtag dazu zu zwingen, sich mit dem Anliegen zu befassen, müssen die Initiatoren 20.000 Unterschriften sammeln. Weitere Informationen zur Volksinitiative und eine Unterschriftenliste zum Herunterladen gibt es im Internet unter der Adresse: www.keine-neuen-tagebaue.de.

Die Unterschriftenlisten der Volksinitiative »Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik« liegen im Bürgerzentrum der Linken, in der Breiten Straße 46, 16225 Eberswalde und in der Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen im Barnim in Eberswalde, Brautstraße 34, aus. Die Linken haben ihre Geschäftsstelle montags und mittwochs von 14 bis 17 Uhr sowie freitags von 9 bis 12 Uhr geöffnet. Bei den Grünen kann man sich von Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr in die Listen eintragen.

Das Scheitern von Bush's Blitzkriegsplänen

Stand die Welt im September vor einem Atomkrieg?

Im Frühjahr 2007 waren die Vorbereitungen für einen Angriff gegen Iran schon weit fortgeschritten /1/. Daß davon Abstand genommen wurde, lag wohl weniger an dem vorzeitigen Bekanntwerden der Pläne, als vielmehr an den Bedenken einiger US-Generäle, die vor den unabsehbaren Risiken eines Kriegs gegen Iran warnten /2/. Von Rußland hatte Iran eine neuentwickelte Antischiffsrakete erhalten, die 3M-82 Moskit Cruise Missile (Nato Code SS-N-22 Sunburn), wofür die US Navy keine Abwehr hat. Mittlerweile besitzen die Iraner auch noch die modernere Version, die SS-NX-26 Yakhonts /3/. Wohl erste Ergebnisse jener »asymmetrischen« Rüstungen, welche Rußland vor einigen Jahren ankündigte.

Inwieweit die Personalwechsel im US-Militärapparat der letzten Monate mit den Widerständen gegen Bush's Kriegspläne zusammenhängen, muß freilich Spekulation bleiben. Keine Spekulation hingegen ist, daß die Kriegshetze gegen die iranische Führung Ende des Sommers einen neuen Höhepunkt erreichte. Anfang September sickerten Informationen an die Öffentlichkeit, wonach das Pentagon einen umfassenden Militärschlag gegen den Iran plante. Innerhalb von drei Tagen sollten demnach nicht nur die iranischen Atomanlagen zerstört, sondern durch einen Angriff auf 1200 Ziele zugleich das militärische Potential des Landes vernichtet werden /4/. Etwa zur gleichen Zeit tauchte in einem US-amerikanischen Blog der Bericht einer Navy-Angehörigen auf, wonach »alle Planungen für die Luftoperationen und Waffeneinsätze fertig sind. Das bedeutet, alle Ziele sind ausgewählt, nach Prioritäten sortiert und als Auftrag an die jeweiligen Flugzeuge, Basen, Flugzeugträger, Lenkflugkörper usw. verteilt worden.« Im Original-Blog wurde der Beitrag übrigens wenige Tage später entfernt /5/. Schließlich ging am 6. September die Meldung um die Welt, daß an Bord eines B-52-Bombers sechs »versehentlich« mit atomaren Sprengköpfen ausgerüstete Cruise Missiles von der Luftwaffenbasis in Minot im US-Bundesstaat Nord Dakota nach Barksdale in Louisiana geflogen wurden /6/. Laut Insidern wird die Barksdale Luftwaffenbasis als Startpunkt für Operationen im Nahen Osten benutzt /7/.

Inzwischen ist die Kriegshysterie wieder etwas leiser geworden. Es gibt Vermutungen, wonach es in Barksdale am 30. August zu einer Revolte des Luftwaffenpersonals kam, worauf der mit den Atomwaffen beladene Bomber nicht in Richtung Naher Osten startete. Bereits am 24. August hatten namhafte Persönlichkeiten auf einer Friedenskundgebung in Kennybunkport im US-Bundesstaat Main ein Dokument unterzeichnet, das als »Kennybunkport Warning« bekannt wurde. Darin wird Vizepräsident Dick Cheney beschuldigt, einen Angriff gegen den Iran zu planen, und die Öffent-

lichkeit davor gewarnt. Am 3. September konnte die Kennybunkport Warnung per Google schon an 110.000 Stellen im Internet gefunden werden /8/. Beides deutet auf Meinungsunterschiede innerhalb der politischen und militärischen Führungskreise in den USA hin. Aktuell wird dem türkischen Vasallen erlaubt, im Nordirak mit dem Feuer zu spielen.

Das Ziel, den Ölpreis in neue Höhen zu katapultieren und damit den Energiekonzernen weiterhin Sonderprofite in die Kassen zu spülen, wurde auch ohne einen neuen großen Krieg mal wieder erreicht (zur Funktion der Ölkriege als Mittel der Kapitalakkumulation und –konzentration siehe BBP 4/2007 /9/).

Das Spiel mit dem Feuer wird indes weitergehen. Unabhängig davon, ob die Vermutung stimmt, daß es sich bei US-Präsident Bush um einen Psychopaten handelt /10/. Das ständige Schüren von Angst ist ein Mittel der Machtausübung. Die USA stehen vor einer Zäsur. In den letzten zwanzig Jahren haben sich eine Reihe ökonomischer Widersprüche angehäuft. Die US-amerikanische Wirtschaft hat auf vielen Feldern gegenüber ihren Konkurrenten an Boden verloren. Insbesondere mit China mausert sich eine neue Macht, die bereits jetzt zum größten Gläubiger der USA geworden ist und in Teilen der Welt der bisherigen Weltmacht die Kontrolle über die Ressourcen streitig macht.

Zwischen verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse in den USA tobt der Kampf, wie die sich anbahnende schwere Krise gelöst und die US-Herrschaft in der Welt, aber auch im Innern, aufrechterhalten werden kann.

Hinter Bush steht derzeit jene Fraktion, die in der Außenpolitik vor allem auf den aktuellen militärischen Vorteil setzt. Paul Wolfowitz, Vizekriegsminister unter Rumsfeld und späterer Präsident der Weltbank, formulierte bereits 1992, als er noch politischer Abteilungsleiter im Pentagon war, die Grundzüge einer militärstrategischen Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik nach dem Zusammenbruch der bipolaren Ordnung in dem Manifest »Defense Planning Guidance« – ein in regelmäßigen Abständen routinemäßig erstellter Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums:

»Unser Hauptziel ist die Verhinderung des (Wieder-)Aufstiegs eines neuen Rivalen (durch Sicherung der eigenen militärisch-technologischen Überlegenheit). Dies ist die Grundprämisse der neuen regionalen Verteidigungsstrategie und verlangt jede Anstrengung, feindliche Mächte an der Kontrolle einer Region und ihrer Ressourcen sowie damit verbundenen globalen Machtambitionen zu hindern. Diese Regionen schließen Westeuropa, Ostasien, das Territorium der früheren Sowjetunion und Südwestasien ein.« /11/

Der Angriff auf den Iran zielt demnach direkt auf China und auch Rußland, die beide seit elf Jahren im Shanghai-Bündnis wirtschaftlich und militärisch zusammenarbeiten. Zu dem Bündnis gehören außerdem Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan. Weitere Länder, wie Nord-Korea, Vietnam und Myanmar(!), gelten als indirekte Mitglieder. Indien, Pakistan, die Mongolei – und Iran – haben einen Beobachterstatus. Zurück zur bipolaren Welt?

Die erwähnte tiefgreifende ökonomische Krise verstärkt auch die inneren Gegensätze in den USA. Zur Lösung dieser Widersprüche zielt jene Fraktion, die auf aggressive Außenpolitik setzt, zugleich auf eine Anpassung des Herrschaftssystem im Inneren. Schon 2003 sprach der ehemalige US-Oberbefehlshaber General Tommy Franks davon, daß im Falle eines weiteren großen Terroranschlags in den USA die Verfassung außer Kraft gesetzt und eine offene Militärdiktatur errichtet werde /12/. Mit dem unmittelbar nach dem 11. September 2001 beschlossenen »Patriot Act« hat der Präsident sein »Ermächtigungsgesetz« zur Hand.

Auf militärischem Gebiet sind die USA unbestrittene Nummer 1 in der Welt. Haushohe Überlegenheit auch gegenüber dem potentiellen Aggressionsziel Iran. Eine »asymmetrische« Verteidigung mittels Antischiffraketen könnte jedoch für die US-Navy in einem Desaster enden. Daher die Planungen für einen massiven Militärschlag gleich in den ersten drei Tagen, mit dem wohl vor allem die »Sunburns« und »Yakhonts« ausgeschaltet werden sollten.

Ein Vabanquespiel, das die seit Untergang der Sowjetunion vergessene Gefahr eines dritten Weltkriegs wieder heraufbeschwört.

GERD MARKMANN

Anmerkungen:

- /1/ vgl. »Bald Luftkrieg gegen den Iran?« in BBP 4/2007
- /2/ Norbert Nolte: »Eilmeldung: Eine Atombombe fehlt!«, Linke Zeitung Aktuell, 20.9.2007
- /3/ <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2007/10/der-iran-kann-sich-wehren.html>
- /4/ Sarah Baxter: »Pentagon 'three-day blitz' plan for Iran«, Sunday Times, 3.9.2007
- /5/ <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2007/09/wir-werden-den-iran-angreifen-im.html>
- /6/ Neues Deutschland, 6.9.2007, Seite 8
- /7/ <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2007/09/sind-die-atombomben-fr-den-iran.html>
- /8/ <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2007/10/wurde-ein-angriff-auf-den-iran.html>
- /9/ Gerd Markmann: »Auf zum letzten Gefecht – vom 'Krieg gegen den Terror' zum Krieg gegen die Klimakatastrophe«, BBP 4/2007, 6.4.2007
- /10/ <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2007/09/sind-die-atombomben-fr-den-iran.html>
- /11/ Professor Dr. Stefan Fröhlich: »Amerikas Außenpolitik: Hegemonialer Internationalismus«, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.10.2004
- /12/ www.infowars.com/print/ps/franks_martial.htm

Gedanken zum Volkstrauertag

von Dr. med. Siegfried Adler

62 Jahre nach Ende des letzten Weltkrieges werden die Zeitzeugen der schlimmen Jahre immer weniger. Das Verblässen der Erinnerungen an diese Zeit birgt Gefahren für das Aufkommen von Denkweisen, die zu den Ursachen des 2. Weltkrieges führten. Als Zeitzeuge vom Ende der Weimarer Republik Anfang der 30iger Jahre des vorigen Jahrhunderts aus der Zeit einer Scheinblüte – die in Wahrheit die Vorbereitung für das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte war – möchte ich berichten, auf daß es nie wieder neue Gründe für den Begriff Volkstrauertag gibt.

Die Mehrheit unserer heute lebenden Menschen kennt Hitlerismus – eine andere Bezeichnung für Nationalsozialismus – und Stalinismus vorwiegend aus Büchern und Medieneinstellungen. Diese »gesellschaftlichen Krankheiten« können aus verschiedenen Gründen immer wieder auftreten und zu Katastrophen führen. Die Zeit des Nationalsozialismus von nur 12 Jahren hat eine nicht auslöschbare prägende Bedeutung bis in unsere Tage besonders unter dem leider zunehmendem Eindruck des wiedererstehenden Rechtsradikalismus. Die Ursachen dazu beruhen m.E.:

1. in Negativmerkmalen unserer Demokratie gekennzeichnet durch Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit.
2. durch die Unkenntnis darüber, was Nationalsozialismus mit Verehrung von Adolf Hitler bedeutet.

Die Bewältigung des 1. Faktors sehe ich als lösbarer Aufgabe für eine Politik, die Ethik und Logik gleichwertig exakt verfolgt (Beachtung der Menschenwürde durch Freiheit und Verantwortung nach den philosophischen Prämissen des Kategorischen Imperatives nach Immanuel Kant und den Sozialforderungen des Philosophen Johann Gottlieb Fichte mit dem Beispielsatz: »Es ist ein großes Unrecht, daß einer das Entbehrliche bezahlen kann, indessen seine Mitbürger das Notwendige nicht haben« – Logik gekennzeichnet dadurch, daß Sozialeistungen nur durch wertschöpfende Arbeit möglich sind).

Zum 2. Faktor möchte ich aus der Zeit der 12 Jahre Nationalsozialismus mir Wichtiges weitergeben – ich bin sicher, daß die heutigen Neofaschisten – die keine persönlichen Erfahrungen aus der Zeit Hitlers haben, nicht mehr weitergehen, wenn sie erfahren würden, wie es damals tatsächlich war mit den in die Realität umgesetzten Grundsätzen:

Der 1. Hauptsatz des Nationalsozialismus lautete: »Der Einzelne ist nichts, die Gemein-

schaft ist alles« – der Tod jedes Einzelnen für die Gemeinschaft war eine Selbstverständlichkeit, Wer im Krieg am postulierte siegreichen Ende zweifelte, verurteilte sein Leben, ihm drohte die Todesstrafe, so praktiziert bis zum 8. Mai 1945!

Gegen den Rat militärischer Fachleute setzte die nationalsozialistische Führung trotz eindeutig aussichtsloser Situation den Krieg fort. Vom September 1939 bis zum 20. Juli 1944 verloren 2,8 Millionen deutsche Staatsangehörige kriegsbedingt ihr Leben. Nach diesem Tag des mißglückten Attentates auf Hitler stiegen diese Kriegsoferzahlen auf 7,6 Millionen – hätte der Krieg am 20. Juli 1944 beendet werden können, hätten 4,8 Millionen deutsche Staatsangehörige ihr Leben behalten können. Dabei sind die kriegsbedingten Menschenverluste insgesamt um ein erheblich Vielfaches höher.

Eine politische Führung, die solches Geschehen zuläßt, ist nicht nur unfähig, sondern im höchsten Maße verbrecherisch.

Die erhoffte Verbesserung des Lebensstandards der Deutschen wollen die Neonazis erreichen durch Ausweisung aller Nichtdeutschen nach dem Beispiel der Nationalsozialisten ab 1933. Dies kann in der heutigen Welt zu keinem Erfolg führen. Die zu Hitlers Zeiten rasche Verbesserung des Lebensstandards in Deutschland war nur möglich durch:

1. dem Begriff der Autarkie-Wirtschaft und Lebensunterhalt möglichst aus landeseigenen Mitteln.
2. der Vertreibung der Juden.
3. die Landeswährung war »Papiergeld« auf der Basis von Grund und Boden Deutschlands.

Damit wurde eine Waffenindustrie entwickelt mit dem Ziel, durch Kriege Weltherrschaft zu erreichen.

In heutiger Zeit sind dies alles Utopien verbrecherischer Art. Solchen Ideen nachzustreben, ist nicht nur unrealistisch – ich meine eine Dummheit, die durch Überzeugung behoben werden muß!

Bürgerinitiative 9. November

Eberswalde (ak/bbp). In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 kommt es auch in Eberswalde zu schrecklichen Übergriffen auf jüdische Geschäfte, die Synagoge in der Goethestraße (damals Bismarckstraße) wurde durch Feuer komplett zerstört. Die »Bürgerinitiative 9. November« will dafür Sorge tragen, daß das Grundstück, auf dem die Synagoge stand, bis zum 70. Jahrestag 2008 zum Ort der

Erinnerung an die jüdischen Einwohner der Stadt wird (BBP 9/2007). Erste Gestaltungsideen sind die Sichtbarmachung der Grundmauern der Synagoge, Informationstafeln über die Geschichte der Synagogengemeinde und die Pflanzung von Rosenstöcken, wie es sie früher vor der Synagoge gegeben hat. Dafür bittet die Initiative die Bürger um persönliche, geistige und finanzielle Unterstützung.

Für tolerantes Eberswalde

Jugendinitiative gegründet

Am 24. November 1990 wurde der Deutsch-Angolaner Amadeu Antonio Kiowa in Eberswalde von einer Horde Neonazis zusammengeschlagen. Sie waren fünfzig, er allein.

Zwei Wochen später starb Amadeu Antonio an seinen schweren Verletzungen. Dies war der erste Mord mit einem rechtsextremen Hintergrund im vereinten Deutschland und verhalf Eberswalde zu trauriger Berühmtheit.

Heute, 17 Jahre danach, sind Neonazis in Eberswalde wieder auf den Vormarsch. Sie sind nicht mehr unbedingt Glatzen mit Bomberjacken und Springerstiefeln, die Sieg-Heil Brüllen und Farbige zusammenschlagen. Es sind eher unauffällige Nachbarn von Nebenan, adrett und betont pünktlich. Aber in ihren Läden verkaufen sie ihre szenebühlichen Klamotten, sie verteilen ihre Propaganda auf Schulhöfen und beschmutzen das Internet ungestört mit ihren Parolen und organisieren ihre Partys und Stammtische.

Wir wollen diese schleichende Eroberung nicht dulden, Eberswalde muß frei und bunt bleiben! Deshalb haben sich einige junge Menschen aus verschiedenen politischen Jugendorganisationen zusammengefunden um ein Jugendbündnis für ein tolerantes, antirassistisches und buntes Eberswalde zu gründen. Dieses überparteiliche Bündnis soll ein Anlaufpunkt für alle EberswalderInnen sein die sich für ein Eberswalde ohne Neonazis stark machen wollen.

Wir wollen eine öffentliche Offensive für eine starke Zivilgesellschaft mit Courage und Antirassismus in Eberswalde verankern. Die Gründungsveranstaltung des Jugendbündnisses fand am 30. Oktober im Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel statt. Ziel ist, aktiv den Kampf für ein tolerantes Eberswalde ohne Neonazis aus NPD, DVU und freien Kameradschaften zu beginnen!

Bei diesem ersten Treffen gab es Informationen über die bekannten Strukturen und Pläne der Nazis in unserer Umgebung. Außerdem haben wir über verschiedene Aktionsmöglichkeiten und unser weiteres Vorgehen diskutiert.

Obwohl die InitiatorInnen aus den Jugendorganisationen von DIE LINKE und SPD kommen, möchten wir betonen, daß diese Initiative ein freies, überparteiliches und auch parteiunabhängiges Jugendbündnis sein wird.

Deshalb laßt uns alle aktiv werden, damit Neonazis keinen Platz in unserer Stadt haben.

SEBASTIAN WALTER (*Linksjugend.solid*) und FLORIAN GÖRNER (*Jusos Barnim*)

Bürgerinitiative 9. November

Herr Keil: Josef-elke-keil@t-online.de
 Frau Heine: kreisarchiv@barnim.de
 Spenden für die Bürgerinitiative bitte an die:
 Bürgerstiftung Barnim Uckermark
 Sparkasse Barnim
 Konto: 300 000 1050, BLZ: 170 520 00
 Verwendungszweck: Initiative 9. November

Nach drei Monaten sollte man sich richtig eingewöhnt haben, so erzählten es mir Freunde. Ob das auch bei mir der Fall ist, könnt ihr in diesem Artikel über meinen wunderschönen Oktober in Schweden herausfinden. Das tollste an diesem Monat war mein Konzertbesuch im Globen, wo ich das Benny Andersson Ochester live erleben durfte, außerdem habe ich meine erste Bekanntschaft mit einer Schwedin gemacht und lasse nun die ersten drei verflixten Monate hinter mir.

Was ich wirklich faszinierend finde ist, daß der Mensch in der Lage ist, sich an alles zu gewöhnen. Es braucht zwar alles eine gewisse Zeit, aber man sagt, daß nach drei Monaten das Schlimmste überstanden ist. Und so war es auch bei mir. Ich fühle mich hier jetzt pudelwohl. Ich habe tolle Freunde – mehrheitlich Deutsche – und bin der Meinung, meinen Platz in der Familie gefunden zu haben. Außerdem versteht man die Sprache nach drei Monaten schon viel besser und kann sich auch verständlich machen, zwar noch mit vielen Fehlern und viel zu wenig Vokabular, aber man ist nicht mehr so hilflos, wie in den ersten Wochen.

Der erste Monat verging sehr langsam, da man sich erst in der neuen Umgebung zurechtfinden mußte und man oft nicht wußte, wohin mit der vielen neuen freien Zeit. Nun, wo ich hier so viele neue Freunde gefunden habe und die Aufgaben im Haushalt feststehen, habe ich gar nicht mehr so viel Freizeit und so vergeht die Zeit natürlich auch viel schneller. Ich kann von mir behaupten, daß ich sehr zufrieden bin.

Das liegt sicherlich auch daran, daß ich am Freitag, den 26.10.07, zum Konzert vom Benny Andersson Orchester war.

Benny Andersson gehörte zur schwedischen Popgruppe ABBA und ist nun seit sechs Jahren Produzent und musikalischer Leiter des nach ihm benannten Orchesters. Die Musik ist volkstümliche, schwedische Tanzmusik, meist instrumental. Benny hat sich für sein Orchester aber noch musikalische Unterstützung von zwei in Schweden sehr berühmten Sängern Helene Sjöholm und Tommy Körberg geholt. Deren Gesangsparts waren sehr eindrucksvoll und zum Teil auch sehr lustig. Die Stimmung war von Anfang an ausgelassen und die Schweden tanzten vom ersten Titel an begeistert mit. Der Abend im Globen – der Globen ist der größte Konzertsaal und Sportarena in Stockholm – bot eine bunte Mischung aus allen drei bisherigen BAO- Benny Andersson Orchester-CD's. Sehr abwechslungsreich mit Walzer, Marsch und Polka, einem Titel von Bach, schwedischen Schlagern und zu meiner Begeisterung fünf ABBA Songs.

Als »alter« ABBA-Fan – immerhin schon 14 Jahre – schwebte ich im 7. Himmel. Erst Benny live sehen zu können und dann noch fünf ABBA-Songs zu hören. Es war faszinierend, diese Lieder zu hören und ihn dazu am Klavier spielen zu sehen, mit seinen typischen Bewegungen genauso wie man es von den Videos her kannte. Einfach großartig.

Ein Jahr in Schweden: Dritter Monat – Oktober

Nach drei Monaten ist alles gut

Um unser nördliches Nachbarland besser kennenzulernen verpflichtete sich Marie Lange, die 2007 am Finower Gymnasium ihr Abitur ablegte, für ein Jahr als Au Pair in einer schwedischen Familie. In der »Barnimer Bürgerpost« berichtet sie monatlich über ihre schwedischen Erfahrungen.

Insgesamt wurde dem Publikum eine vierstündige Show geboten und ich stand direkt vor der Mitte der Bühne, ganz vorne. Ich glaube, einmal hat mir Benny auch in die Augen gesehen.

In der Pause sprach ich ein paar Showbesucher an. Es waren Deutsche, die gar nicht überrascht waren, hier Landsleute zu treffen. Ich erfuhr, daß sie zu jedem Konzert von Benny extra nach Schweden kommen würde. Das fand ich dann schon ein wenig übertrieben.

Eine Schwedin neben mir schrieb an ihre Freunde eine SMS mit dem Inhalt: »Der Tanzabend im Globen ist toll! Viele Deutsche sind hier! ABBA-Fans beim Tanzabend!« Ich habe mich köstlich über diese SMS amüsiert, denn ich

einen, wenn er sieht, daß man zur Bahn rennt.

Meine Freundin hatte ihr Ticket zu Hause vergessen und erklärt auf dem Hin- und Rückfahrt jeweils einem anderen Kontrolleur ihr Mißgeschick. Beidemal durfte sie kostenlos fahren. Bei uns wäre das undenkbar. Man kann hier auch erst in der Bahn bezahlen, was ja bei uns schon als Schwarzfahren gilt.

Generell ist das schwedische Verkehrssystem sehr toll, es gibt viele Zebrastreifen und Kreisverkehre. In Schweden geht man als Fußgänger wie selbstverständlich auf den Zebrastreifen und die meisten Autos bleiben sofort stehen. Womit die schwedischen Autofahrer allerdings noch größere Probleme haben, ist das Handy am Ohr beim fahren.



Der Globen, der größte Konzertsaal in Stockholm, wird auch als Sportarena genutzt.

Im Oktober, dem dritten Monat ihres »Schwedenjahrs« verlebte ABBA-Fan Marie Lange hier dank Benny Andersson »den schönsten Abend meines bisherigen Lebens«, wie in ihrem aktuellen Beitrag schreibt.

kann schon verstehen, daß die Schweden dieses Verhalten seltsam finden. Zusammenfassend kann ich sagen, daß ich den schönsten Abend meines bisherigen Lebens hatte, vor allem Dank Benny und den ABBA Titeln.

Auf dem Weg nach Hause, gab es dann einige Schwierigkeiten mit der Bahn, weil ein Teil der Strecke repariert werden mußte. Am Ende kam ich relativ reibungslos nach Hause. Bus und Bahn in Schweden zu fahren ist sehr angenehm, denn anders als in Deutschland trifft man hier sehr freundliches Personal an – es gibt sicherlich auch Ausnahmen, wie auch in Deutschland. Viele verzweifelte Au pairs wurden schon von einem netten Fahrkartenkontrollleur angesprochen und gefragt, ob man ihnen helfen könnte. Außerdem wird einem auch nicht wie in Eberswalde – ich habe es selber erlebt – einfach die Tür vor der Nase zu gemacht, ohne ein Wort zu sagen. Nein, in Schweden wartet der Schaffner sogar noch auf

Auch in anderen Bereichen macht das schwedische Personal einen viel freundlicheren Eindruck auf mich, als ich es von zu Hause gewöhnt bin. Ich werde jetzt immer im ICA – einem großen Supermarkt – von einem Verkäufer mit: »Hallo, mein Freund! Wie geht es dir? Alles in Ordnung?« begrüßt. Das ist doch mal freundlich, ich bezweifle, daß einem daß in Deutschland passiert. Und das ging nicht nur mir so. Ich hörte auch, wie eine andere Verkäuferin einen Kunden ähnlich begrüßte.

Ja, Schweden ist schon toll. Aber es gibt auch Nachteile, also das deutsche Brot, das deutsche Bier, die deutsche Schokolade und die deutschen Steuern sind besser. Zu weiteren Vergleichen kann ich mich leider jetzt noch nicht äußern. Für den nächsten Monat habe ich mir vorgenommen endlich Schweden kennen zu lernen. Ich hoffe es klappt. Bis in einem Monat.

Hejda Marie

Zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten ...

Versteigerung von Kunstobjekten zugunsten des Erhalts der Zainhammer Mühle als »Kunstmühle«

Die Versteigerung von Werken der Künstler der Zainhammer Mühle war am 7. Oktober wie in jedem Jahr der Höhepunkt des Ausstellungssommers.

Viele Kunstinteressierte kamen ins Weinkontor und ersteigerten die von den Mühlenmitgliedern gespendeten 91 Kunstwerke. Darunter auch die uns von unserem Vereinsmitglied Paul Wunderlich aus seinem Privatbesitz zur Verfügung gestellten vier Kaltnadel-Radiierungen. Sicher hatten wir es auch diesen Werken zu verdanken, daß das Publikum zur Versteigerung großzügiger mit dem Geld umging als in den Vorjahren. Noch nie kam bei einer Versteigerung so viel in die Vereinskasse wie in diesem Jahr. 3.030 Euro war der Erlös aus den versteigerten Kunstwerken sowie aus dem Kuchenverkauf der Müllerinnen und einer Spende vom Weinkontor. Der gesamte Erlös soll dem Kauf und der Sanierung der Zainhammer Mühle, der letzten Wassermühle der Region dienen.

In der Saison 2007 war der Kunstverein gezwungen, sich wegen der Sperrung der Zainhammer Mühle ein anderes Domizil für den traditionellen Mühlensommer zu suchen. Drei

Ausstellungen fanden in der »Kleinen Konzerthalle - St. Georgs Kapelle« und zwei im Keller des »Weinkontors in der Alten Ofenfabrik« statt. Der Verein ist der Stadt Eberswalde sowie Gabi und Ulli Maaß vom Weinkontor für die schnelle und unkomplizierte Hilfe dankbar.

Nach gründlichen Überlegungen und positiven Signalen von Freunden und Sponsoren möchte der Verein nun die Zainhammer Mühle erwerben und sichern. Das Ziel ist hoch gesteckt, da das Gebäude sehr baufällig ist, aber mit Hilfe können wir es schaffen. Den Starschuß gaben nun also die Vereinsmitglieder und auch die Käufer der Werke mit dem Erlös der Versteigerung.

Wir sind optimistisch, daß wir noch weitere Sponsoren finden werden, die uns bei unserem



Projekt, die Zainhammer Mühle für die Stadt Eberswalde zu erhalten, in finanzieller und bautechnischer Hinsicht unterstützen.

Zum Jahresausklang wird am 2. Advent der Weihnachtskunstmarkt der Zainhammer Künstler im Weinkontor stattfinden. Auch dazu laden wir alle Eberswalder schon heute herzlich ein.

VERONIKA BRODMANN

Hedwig Bollhagens Kunst im Barnim

Zurückgekehrt von der großen Retrospektive anlässlich des 100. Geburtstages der »Altmeisterin der Keramik« Hedwig Bollhagen im Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte Potsdam bin ich als langjährige Sammlerin neugierig darauf geworden: Welche Spuren hat Hedwig Bollhagen in unserer Region, dem Barnim, hinterlassen?

Schaut man in den Begleitband der Ausstellung »Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik«, herausgegeben von Gudrun Gorka-Reimus, findet man viele Hinweise.

Nachdem sie am 1. Mai 1934 in Marwitz bei Velten ihre Firma »HB-Werkstätten für Keramik GmbH« gründete, wandte sie sich neben der Herstellung von Gebrauchskeramik Anfang der 50er Jahre einem weiteren wichtigen Bereich, der Baudenkmalpflege zu.

Der Bildhauer Waldemar Grzimek, der viele Jahre in ihrer Werkstatt mitarbeitete, gestaltete von 1951 bis 1968 u. a. Konsolsteine für die Klosteranlage in Chorin.

Für die damalige Zeit war es unüblich, daß ein zeitgenössischer Künstler solche Aufträge bekam. Da im Zisterzienserkloster Chorin von 1956 bis 1959 der Kreuzgang im Ostflügel wieder freigegeben wurde, erhielt er den Auftrag, die fehlenden Gewölbekonsolen durch neue zu ersetzen. Die technische Realisierung dieser Aufträge wurde in den HB-Werkstätten Marwitz durchgeführt, wo auch alle anderen Formsteine in zwei Etappen von Grzimek

(1958/59 und 1961/64) mit insgesamt 17 trichterförmigen Kragsteinen und größtenteils mit figürlichen Darstellungen entstanden.

Vielen wird besonders eine Konsole bekannt sein, die Porträts von Walter Ulbricht, Kurt Hager, Hilde Benjamin und Paul Verner in karikiertem Form und moderner Formensprache darstellte. Heute befindet sich diese Konsole im Besitz der Klosterverwaltung, nachdem Unbekannte zu DDR-Zeiten diese Konsole beschädigen oder stehlen wollten, wurde sie damals wieder ausgebaut und von der Forstverwaltung aufbewahrt. Ebenso wurden Formsteine im Pfortenhaus und für mehrere Maßwerkfenster am Hauptschiff und an der Westfassade sowie Steine für das Gewölbe im Kreuzgang und für das Nordportal des östlichen Kreuzganges in den HB-Werkstätten hergestellt.

Viele werden vielleicht nicht wissen, daß 1956 auch in der St.-Georgs-Kapelle (jetzt Kleine Konzerthalle) in Eberswalde in Zusammenarbeit Grzimeks mit Bollhagen Formsteine ersetzt und erneuert wurden.

Leider sind die von Grzimek und seinen Kollegen in der Zeit von 1956 bis 1958 geschaffenen Erzeugnisse der Gartenarchitektur für die Waldsiedlung des Politbüros bei Wandlitz heute kaum noch Spuren übrig. Nach dem Vandalismus der 90er Jahre ist davon nur noch ein Fliesenbild mit Paradiesvögeln von Heidi Manthey in der Veranda des Hauses Habichtweg 3 erhalten geblieben.

Auch um 1966 entstanden in enger Zusammenarbeit mit den Bildhauern Axel Schulz (Schwedt) und Baldur Schönfelder (Berlin-Karow) fünf kreisrunde, unglasierte Keramikreliefs für die Fassade der Westendschule (heute Oberschule Westend mit Grundschulteil). Die roten Terrakotten haben einen Durchmesser von einem Meter und verschiedene Bildthemen, wie z. B. »Sitzendes Kind mit Schwan«. Damals war die Stadt Eberswalde der Bauherr und gab ca. 20.000 DDR-Mark für dieses Kunstwerk aus. Bleibt zu wünschen, daß bei der geplanten Sanierung des Schulkomplexes Westend diese Reliefs nicht verloren gehen, sondern in liebevoller Hinwendung gereinigt und erhalten bleiben.

Viele Künstler arbeiteten mit Hedwig Bollhagen auf verschiedene Weise zusammen, da sie die technischen Möglichkeiten ihrer Werkstätten auch anderen zur Realisierung eigener Projekte zur Verfügung stellte. Es bildete sich gewissermaßen ein »künstlerisches Netzwerk« um Hedwig Bollhagen, die selbst im hohen Alter als »Altmeisterin« der Keramik bezeichnet wurde. Sieht man sich die Videoausschnitte in der Ausstellung über Hedwig Bollhagen an, so wird eine warmherzige Frau lebendig, bei der sich die Mitarbeiter wie in einer großen Familie fühlten...übrigens läuft die Retrospektive noch bis zum 13. Januar 2008 im Kutschstall Am Neuen Markt 9 in Potsdam.

ANITA HÄNEL

Barnimer Kulturpreis 2007

Die Kreistagsfraktion und der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen schreiben wieder den Barnimer Kulturpreis aus. Auch in diesem Jahr ist der Preis mit 750 Euro dotiert. Finanziert wird er aus Spenden von Kreistagsabgeordneten und einem Zuschuss vom grünen Kreisverband.

Bewerben können sich Kulturschaffende, kulturelle Vereine und Initiativen, die über einen längeren Zeitraum aktiv zur Gestaltung und Verbesserung der kulturellen Angebote im Landkreis Barnim beitragen. Diese Angebote können sich sowohl an Kinder und Jugendliche als auch an Erwachsene richten. Die einzu-

reichenden Vorschläge sollten eine anschauliche Darstellung der Ziele und Ergebnisse sowie des Zeitraums der Aktivitäten enthalten.

Die Unterlagen sind bis zum 16. November in der Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen, Brautstraße 34, 16225 Eberswalde einzureichen. Zulässig sind Eigenbewerbungen und qualifizierte Vorschläge.

Die Bewertung erfolgt durch eine Jury bestehend aus Mitgliedern der Kreistagsfraktion Grüne/Freie Wähler und Vertretern aus dem Kulturbereich.

*KARL-DIETRICH LAFFIN,
Sprecher des Kreisverbandes*

35 Jahre R&B Collegium

Seit inzwischen 35 Jahren ist das R&B Collegium Eberswalde zu hören. Vom ursprünglichen Rhythm & Blues hat sich die Hauptstilrichtung zu Swing und Bossa Nova gewandelt. Geblieben ist eine unbändige Spielfreude als Basis für das Weiterbestehen der Amateurformation. Gegenwärtige Besetzung: Karin Maksowit (voc), Günter Bochow (tp,flh), Bernd Egeling (bg), Sergej Mitronin (keyb), Stephan Rutscher (dr,ts).

Am 3. November feierte das R&B Collegium sein Jubiläum im Museum in der Adler-Apotheke. Viele ehemalige Mitspieler hatten ihr Kommen zugesagt, darunter die langjährige Sängerin der Band, Simone Grunert.

GÜNTER BOCHOW

Messingwerkhafen saniert

Eberswalde (prest-ew). Noch in diesem Jahr startet eine weitere Etappe bei der umfassenden Entwicklung der Messingwerksiedlung. Der Messingwerkhafen wird bis zu einer Tiefe von zwei Metern entschlammt. Damit wird der Messingwerkhafen ab 2008 wieder der touristischen Nutzung als Anlegestelle für Motorboote und Hausboote zur Verfügung stehen. Auch das untere Auslaufbauwerk an der Brücke Altenhofer Straße wird entschlammt und der nördliche Uferbereich gesichert und saniert. Für diese Teilmaßnahme sind Baumfällungen erforderlich. Ersatzpflanzungen für die zu fällenden Bäume werden in die neu entstehende Parkanlage zwischen Messingwerk-Wohnsiedlung und Messingwerkhafen integriert.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Bürgerstiftung online

Eberswalde (bbp). Die Bürgerstiftung Barnim Uckermark präsentiert sich seit vorigem Monat im Internet in einem neuen Gewand. »Der redaktionelle Inhalt und die grafische Darstellung wurden vollständig neu konzipiert«, teilt die Vorsitzende der Stiftung Viktoria Enzenhofer mit. Neben ausführlichen Informationen über die Bürgerstiftung, Berichten über geförderte Projekte und einem Formular zur Antragstellung für Vereine und Bildungseinrichtungen erlaubt das nutzerfreundliche Kontaktformular die schnelle Kontaktaufnahme zur Stiftung. Potenzielle Spender können sicher und unkompliziert ein SSL-gesichertes Spendenformular nutzen. Zu erreichen ist die Website der Stiftung über: www.barnim-uckermark-stiftung.de.

»Die letzten Wochen waren für die Bürgerstiftung sehr aufregend«, so Enzenhofer weiter. »Wir haben das Gütesiegel für Bürgerstiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen erhalten. Unsere Vorleseinitiative hat den Deutschen Vorlesepreis 2007 gewonnen. Auf Veranstaltungen haben wir andere Bürgerstiftungen und ihre vielfältigen Projekte kennen lernen dürfen und eine Menge Inspiration für unsere eigene Arbeit mitgebracht. Und die Gespräche nehmen zu, in denen Bürgerinnen und Bürger interessiert nach der Bürgerstiftung fragen: Was macht die Bürgerstiftung? Kann ich da auch mitmachen? Mir scheint immer mehr, daß viele der Idee einer Stiftung von Bürgern für Bürger sehr wohlgesonnen sind.«

BBP im Internet

<http://www.barnimer-buergerpost.de/>
<http://www.bar-blog.de/barnimer-buergerpost/>
<http://www.psverlag.de/bbp/>
<http://bbp.aki-stuttgart.de/>

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Brodmann, Hoeck, Koch, Lange, Steiner (2), Triller (4)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluß: 3. November 2007

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 1.12.2007, 12 Uhr.